Einzelpreis 10 Danziger Pfennig

Danziger Volksstimme

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 0,60 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 6gesp. Zeile 0,30 Gulden, Reklamezeile 1,— Gulden, in Deutschland 0,30 und 1,50 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 39 — Freitag, den 15. Februar 1924 — 15. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spendhaus Nr. 6
Postscheckkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720, für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Drucksachen 3290.

Aufhebung des Belagerungszustandes im Reich.

Ein Antrag des Generals Seeckt. Ebert stimmt der Aufhebung zum 1. März zu.

Der Chef der Heeresleitung General v. Seeckt hat gestern an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er vorschlägt, die Verordnung über den Ausnahmezustand aufzuheben, da die Staatsautorität soweit gefestigt sei, daß die Sanierung des Staats- und Wirtschaftslebens auch ohne Ausnahmezustand weitergeführt werden könne. Der Reichspräsident tritt in seinem Antwortschreiben der Auffassung des Generals bei und teilt mit, daß er in Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler beabsichtige, die Verordnungen über den Ausnahmezustand zum 1. März aufzuheben. Gleichzeitig spricht der Reichspräsident dem General v. Seeckt und der gesamten Reichswehr den Dank des Reiches für die Durchführung ihrer schweren Aufgabe aus.

Zu dieser angekündigten Aufhebung des Ausnahmezustandes schreibt der „Vorwärts“: Die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes ist längst fällig und überfällig. Sie hätte schon erfolgen müssen, als sich herausgestellt hatte, daß er als Instrument gegen den bayerischen Rechtsbruch untauglich war. Darum bedauern wir auch, daß die Aufhebung nicht sofort erfolgt, sondern erst am 1. März.

Hoffentlich wird sich diese Verzögerung nicht als ein neuer schwerer Fehler erweisen. Die sofortige Aufhebung hätte als vollendete Tatsache gewirkt. Um die bevorstehende wird nun ein heftiger Kampf entbrennen, da die rechtsradikalen Kreise einschließlich der Deutschnationalen für die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes eintreten und ihn zu einer „nationalen Diktatur“ in ihrem Sinne ausbauen wollen. Man wird diesen Kreisen in den nächsten Tagen scharf auf die Finger sehen müssen.

Am 1. März heißt es: „Reichswehr hat Ruh!“ Sie soll sich von dem politischen Gebiet wieder auf ihren eigentlichen Aufgabenkreis zurückziehen. Ueber ihren Ausflug ins Politische behalten wir uns unser abschließendes Urteil vor, bis dieser Ausflug selber beendet sein wird, wobei wir annehmen, daß sich diese Beendigung selbst in reibungslosen Formen vollziehen wird.

Bis dahin werden rechtsradikale Lockspitzel bemüht sein, durch Erregung „kommunistischer Unruhen“ neues Material für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes herbeizuschaffen. Vernünftige Menschen werden ihnen aber nicht auf den Leim kriechen.

Arbeiterpartei und nationale Verteidigung.

Ein pazifistisches Bekenntnis Macdonalds.

Bei Besprechung der Regierungserklärung hatte der Führer der Konservativen an Macdonald die Anfrage gerichtet, wie sich die Arbeiterregierung zur nationalen Verteidigung stelle. In der gestrigen Unterhaussitzung antwortete Gen. Macdonald hierauf mit folgender bemerkenswerten Erklärung:

„Die Regierung wird bei ihrer Verteidigungspolitik von der Erwägung geleitet, daß nach den entsetzlichen Erfahrungen des Weltkrieges kein Volk geneigt ist, sich in militärische Abenteuer einzulassen, aber bei allen Völkern der Wunsch vorhanden ist, die Rüstungen abzubauen und in Uebereinstimmung zu bringen mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes. Ohne die Verteidigungsnotwendigkeiten Englands zu vernachlässigen hat die Regierung den Entschluß gefaßt, in engster Zusammenarbeit mit den Kolonien das ganze Verteidigungsproblem einer neuen Prüfung zu unterziehen. Diese Prüfung wird sich nicht darauf beschränken, festzustellen, ob die Armee und die Flotte verstärkt oder vermindert werden soll, sondern sie soll in erster Linie prüfen, welchen Zusammenhalt das Verteidigungssystem dem britischen Reich angesichts seiner innerpolitischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Bedürfnisse bringt. Man hat dem Premierminister öfter zu verstehen gegeben, daß außenpolitisch mehr erreicht werden könne durch eine starke militär-politische Macht. Diese Ansicht lehnen wir ab. Nicht durch Gewalt- und Prestige-Politik, sondern durch Vernünftigkeit und Billigkeit der von England in Zukunft zu vertretenden Außenpolitik glauben wir am besten für die politische Geltung Englands wirken zu können.

Ramsay Macdonald erklärte dann, daß seine Partei grundsätzlich an der Notwendigkeit einer Vermögenssteuer als Mittel zur Tilgung der Kriegsschuld festhalte.

Die Arbeiterpartei lehne es ab, die Staatsschulden durch unsaubere Mittel einer beschränkten Schuldenverwaltung oder Taschenspielerkünste der Inflationspolitik zu verringern. (Stürmischer Beifall bei den Unionisten.)

Ueber die Frage, welche Art Niederlage im Unterhause die Regierung als ein Mißtrauensvotum auffassen würde, erklärte Macdonald: Wenn es sich um etwas grundsätzliches handele, werde die Regierung eine Niederlage bei der Abstimmung als Mißtrauensvotum auffassen. Die Regierung werde nicht fünf Minuten lang im Amt bleiben, wenn sie durch eine Abstimmung ihres Ansehens beraubt werden würde.

Anerkennung Sowjetrußlands durch Norwegen.

Norwegen hat beschlossen, Rußland de jure anzuerkennen; es bedarf nur noch der Unterzeichnung der Note. Dem Vernehmen nach soll die Anerkennung auf den gleichen Prinzipien beruhen, wie die englische, derart, daß nach der formellen Anerkennung von beiden Regierungen eine gemischte Kommission zur Regelung der zwischen den Mächten schwebenden Fragen ernannt werden würde.

Aus Anlaß der Anerkennung des Rätebundes durch Norwegen erklärte Litwinow: Es sei erfreulich, daß das Ausland einsehe, daß die Nichtanerkennung kein Zwangsmittel darstelle, um größere Zugeständnisse zu erlangen, und daß die Anerkennung den beiderseitigen Interessen diene. Die kleinen Staaten kämen in eine lächerliche Lage, wenn sie erwarteten, der Rätebund werde die bisher abgelehnten Forderungen schließlich doch erfüllen. Der Rätebund lehne alle Vorverhandlungen vor seiner de jure-Anerkennung ab. Diese seien nicht mehr aktuell, weil die normalen Beziehungen zu Deutschland, England, Italien und den Officestaaten für die wirtschaftliche Betätigung des Rätebundes ein genügendes Feld böten. Nunmehr sei die Anerkennung der neugebildeten Staaten durch den Rätebund für die neuen Staaten wichtiger, als umgekehrt die Anerkennung für den Rätebund. Dieser sei aber zur bedingungslosen Anerkennung bereit. Was Norwegen anlange, so wolle der Rätebund das Pariser Spitzbergen-Abkommen annehmen. Das Zögern Schwedens sei auf innerpolitische Gründe zurückzuführen.

Die Hypothekenaufwertung im Reich.

15 Prozent nach der neuen Steuerverordnung.

Nach der gestern veröffentlichten 3. Steuerverordnung ist die Aufwertung auf Vermögensanlagen wie Hypotheken, Reallasten, Sparkassenguthaben, Lebensversicherungsansprüche beschränkt. Langfristige nichtverbriefte Darlehen fallen nicht darunter. Grundsätzlich wird auf 15 vom Hundert des Goldmarkbetrages der Vermögensanlage aufgewertet. Der Aufwertung unterliegen alle durch den Währungsverfall auf weniger als 15 Prozent ihres Wertes gesunkenen Vermögensanlagen. Die 1923 begründeten Ansprüche sind nicht ausgeschlossen. Nicht aufwertbar sind Ansprüche, die durch vorbehaltlose Annahme des Gegenwertes erloschen sind. Ansprüche von vor dem 1. Januar 1918 gelten als in Goldmark erworben. Für die Aufwertung gilt der Nennwert. Später erworbene Ansprüche werden über den Dollarkurs in Goldmark umgerechnet. Zur Abwendung einer groben Unbilligkeit kann der Schuldner Herabsetzung der Aufwertungssumme beantragen. Die Fälligkeit der aufgewerteten Ansprüche ist auf den 1. Januar 1932 hinausgeschoben. Im Jahre 1922 sollen 2 Prozent Zinsen gezahlt werden. Für Reich und Länder bleibt es beim Moratorium bis zur Erledigung aller Reparationsverpflichtungen.

Spaltung der deutschen Gewerkschaften.

Die neueste Parole Moskaus. — Niederträchtige Verleumdungen. Helfershelfer des Unternehmertums.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Klassenkampf mit Jauchekübeln könnte man die gemeine Art nennen, mit der die Kommunisten jetzt auf Kosten der Sozialdemokratie Parteigeschäfte machen wollen. In Heidelberg und Braunschweig sind unsern Genossen kleine kommunistische Flugzettel in die Hände gefallen, die an niedriger Verleumdung der freien Gewerkschaften alles bisher Dagewesene weit übertreffen. Auch in Sachsen sind solche Sudelschriften bemerkt worden und sie werden in allen Städten Deutschlands auftauchen, denn Moskau hat diese Art Hetze befohlen, weil es die Zeit zur Spaltung der Gewerkschaften für gekommen hält.

Wer noch immer im Zweifel über die Absichten der Kommunisten sein sollte, der lese das russische kommunistische Gewerkschaftsblatt „Trud“ vom 11. Januar. Da wird über eine Versammlung kommunistischer Gewerkschaftsfunktionäre in Moskau vom 9. Januar berichtet, in der über „Die Lage und Aussichten der deutschen Gewerkschaften“ [illegible] wurde. Der russische Oberbonze Losowski, der 1920 auf dem Hallischen Parteitag die freien Gewerkschaften Deutschlands als Gelbe beschimpfte, referierte. Er empfahl, einen Gewerkschaftskongreß einzuberufen, der eine Zentrale bilden soll. Das wäre also die offene Gründung einer kommunistischen Gewerkschaftsleitung und die Spaltung. Losowski weiß das, er sagte kalischnäuzig:

> Die Einberufung des Kongresses bedeutet zweifellos eine Spaltung, die in gegebenen Verhältnissen in Deutschland unvermeidlich ist.

Man will spalten, soll es aber nicht sagen. Losowski empfahl das Rezept der List und der Tücke mit folgenden Worten:

> Daher „müssen wir die Regsamkeit der Betriebsräte erhöhen und die Frage über die Einberufung des Gewerkschaftskongresses auf die Tagesordnung stellen“. Man muß aber keine Zerstörung der Gewerkschaften verkünden, denn falls wir die Parole ausgeben, die Gewerkschaften zu zerstören, so werden wir eine große Masse Arbeiter verlieren, denn wir werden nicht die Anhänglichkeit der deutschen Arbeiterklasse zu den Gewerkschaften ausnutzen können.

Der Vorsitzende des Zentralrats russischer Gewerkschaften, Tomski, spann den Faden Losowskis weiter, empfahl auch, die Betriebsräte gegen die Gewerkschaften auszuspielen und durch Vergiftungsarbeit in den Gewerkschaften deren Untergang vorzubereiten. Er sagte:

> Wir dürfen aus den Gewerkschaften nicht austreten, denn wir werden dort den Menschewisten das Leben vergiften und sie bekämpfen, den Arbeitern aber die Rolle der Gewerkschaften klarmachen; wir werden die Gewerkschaften diskreditieren und so den Einfluß der Betriebsräte steigern.
>
> Allmählich, langsam, aber sicher die faulen Gewerkschaften diskreditieren und die Autorität der Betriebsräte steigern — darin besteht unsre Aufgabe. Man braucht nicht zu retten, was nicht zu erobern ist und was zum Verfall verurteilt ist. Es ist ein Spott, zu glauben, daß man in kurzer Zeit die deutschen Gewerkschaften erobern kann. So sieht es aus, und daher rate ich, keine Entschließung heute anzunehmen.
>
> Meine tiefste Ueberzeugung ist die, daß man einen dicken schwarzen Strich durch die deutschen Gewerkschaften machen muß. Die Hauptaufmerksamkeit gebührt den Betriebsräten, aus denen man neue Gewerkschaften vorbereiten muß.

Es fand dann noch eine Diskussion statt, in der auch zwei Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands — je einer von der Mehrheit und von der Minderheit der Partei — das Wort ergriffen haben. Die Diskussion bewegte sich im Rahmen der ersten zwei Reden mit sichtlicher Neigung zum Standpunkte Tomskis. Von einer Entschließung wurde, entsprechend der Anregung Tomskis, abgesehen.

Moskauer Wünsche sind den deutschen Kommunisten Befehle, Moskauer Befehle sind heilig und werden ausgeführt, selbst wenn dabei das deutsche Proletariat zugrunde geht. Und so gehen denn die deutschen Moskowiter an die Zersetzungsarbeit und überschwemmen Deutschland mit folgenden Sudelschriften:

Nr. 1.

Achtung! Für den Export!

Für das Neujahrs- und Osterfest.

Wir sind die **alleinigen** Erfinder und Hersteller des weltberühmten

„Universal-Achtstunden-Tages“

(Patent in allen Kulturstaaten).

Modell Leipart! Verstellbar auf 9, 10, 11 und 12 Stunden!

Ohne Berufsstörung — diskrete Bedienung — kulante Bedingungen.

Ein Pfiff genügt! Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Nr. 2.

Wollen Sie Ihr Einkommen vergrößern?
Wollen Sie ein sorgenloses Dasein führen?
Wollen Sie ein hohes Alter erreichen?

Dann setzen Sie sich noch heute mit uns in Verbindung!

Wir übernehmen:

Betriebsreinigungen, Verhütung von Streiks, Streikbruch.

Auf Wunsch kostenlose **Anstiftung von Teilstreiks.**

Spezialität: Schmerzlose Einführung des Zehnstundentags (mit und ohne Betäubung).

Bei drohender Lohnerhöhung empfehlen wir unsere bewährte Kurzarbeit, Wechselschichten, Betriebseinstellungen, Aussperrungen.

Prompte Lieferungen bewährter Provokationen.

Restlose Beseitigung aller revolutionären Auswüchse.

Erzielung eines gesunden, reinen Ueberschusses.

Alles durch unsere langjährig **gewerkschaftlich geschulten** Organe. **Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.**

Nr. 3.

Vertrauensvolle Auskunft in allen vorkommenden Fällen!

Wie entlasse ich meine Arbeiter?
Wie säubere ich meinen Betrieb?
Wie führe ich unbemerkt den Zehnstundentag ein?
Wie mache ich meinen Betrieb zu einem lebenswichtigen?
Wie zögere ich am besten Lohnzahlungen und Lohnverhandlungen hinaus?

Seit Jahren bewährt und in den schwersten Fällen mit Erfolg angewandt ist unser

„System Noske“ (D. R. G. M.)

Das Mittel zur Beseitigung von 20 Millionen überflüssiger Proletarier.

— Wer probt, der lobt! —

Zahllose Dank- und Anerkennungsschreiben:

„Mein Betrieb geht wieder glänzend.“ O. W., Metallindustrieller.
„Herzlichen Dank.“ Hugo St., Unternehmer.
„Ihr Mittel hat geholfen.“ v. W., Landwirt und M. d. R.
„Binnen 24 Stunden war ich die Burschen los.“ Fr. Th., Nationalheld.
„Sie wirken Wunder.“ G. B. Chefredakteur.
„Ich beneide Sie um Ihre Erfolge.“ Wilhelm I. R., Privatier.
„Bitte, schicken Sie mir noch einmal Noske.“ v. M., Bankier.

Kommen Sie zu uns! Hier sind Sie beim Fachmann!
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Nr. 4.

Zum Schutze des Kapitals:

Reichspräsidenten, Minister, Staatssekretäre, Oberpräsidenten, Gewerkschaftssekretäre, Parteisekretäre u. a. m. in solider Ausführung ständig auf Lager.

Zusammensetzung bewährter Staatsgerichte, unterschreiben auf telephonische Anfragen jedes Todesurteil.

Neuheit

für die Presse der Schwerindustrie:

Marxistisch geschulte Chefredakteure.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Wenn mit solchen Mitteln die Arbeiterbewegung — von Arbeitern selbst heruntergerissen und verleumdet wird, dann braucht man sich nicht über bürgerliche Wahlsiege allüberall zu wundern. Dann braucht man sich auch nicht darüber zu wundern, daß gleichzeitig mit den Moskowitern die Kapitalisten ihre Zeit für gekommen halten zur Beseitigung von Arbeiterrechten und zur Lohndrückerei. Mit Feinden im eignen Lager hat noch nie ein Heer einen Sieg erringen können. Und das kämpfende Proletariat hat den Feind im eignen Lager. Wer aber als Feind gegen die Arbeiterschaft auftritt, muß auch endlich als Feind behandelt werden. Und Feind ist jeder, der solch ein Blättchen verbreitet, Feind jeder, der sich noch länger wohl fühlt im Lager derer, die „einen dicken Strich durch die deutschen Gewerkschaften" machen wollen. Das ist nicht mehr „der proletarische Bruder", das ist der Bundesgenosse der Kapitalisten, die sich vor Vergnügen die Hände reiben.

Die Gewerkschafter haben sich jetzt schützend vor ihre Organisationen zu stellen. Den Wahlniederlagen der letzten Zeit dürfen nicht noch größere auf wirtschaftlichem Gebiet folgen.

Es ist höchste Gefahr im Verzug. Moskau unterminiert den stolzen Bau der deutschen Gewerkschaften, um ihn dann im Sturm zu nehmen. Darum ergeht der Ruf an unsere Genossen in den Gewerkschaften und an alle denkenden Arbeiter: Laßt euch nicht durch Moskauer Irrwische betören. Stellt euch schützend vor eure Gewerkschaften und haltet ihnen doppelt die Treue. Denn sie waren geschlossene Gewerkschaften notwendiger als heute. Eine gespaltene Gewerkschaftsbewegung würde ihre Kraft im Bruderkampf verzetteln und ein Spielball für das Unternehmertum sein. Das sollten auch endlich die kommunistischen Arbeiter begreifen und den Phrasenern und Verleumdern den Rücken kehren; es ist höchste Zeit. —

Kapitalistische Korruptionsblüten.

Stinnes und Sinclair.

„Hugo Stinnes verhandelte Ende letzter Woche in Köln mit dem Amerikaner Harry Sinclair über Oelverträge!" meldet die Handelspresse. Da der schwarzbärtige Hugo aus Mülheim überall seine Finger drin hat und schon längere Zeit in Oel „macht" wäre auf den ersten Blick nichts besonderes dabei, wenn es nicht gerade der Name des Amerikaners wäre, der hupfa macht.

Er hat internationalen Klang. Ein Sinclair war es, der die tiefen Sümpfe der amerikanischen Regierungspartei aufdeckte, der ein Buch über sie geschrieben hat, das für alle Zeit die bürgerliche Presse brandmarkt als die Hetzer des Geldsacks. Mit diesem Sinclair verhandelte Stinnes nicht, der hat für ihn nichts zu verkaufen, sondern er verhandelte mit jenem Sinclair der mit der jüngsten amerikanischen Petroleumskorruptionsaffäre stark verwickelt ist, über die wir unsere Leser nochmals kurz unterrichten wollen.

Denn diese Affäre ist so ein echtes kleines Gemälde aus der kapitalistischen Welt und zeigt, wie die Schätze der Natur die doch für alle Menschen da sind, und im Interesse aller schließlich erfaßt und organisiert werden müßten, von einigen wenigen robusten Gesellen mit den nötigen Bestechungsgeldern erbeutet und ausgeschlachtet werden können. So hat in diesem Falle die amerikanische Regierung auf Beschluß des Kongresses gewisse Petroleumfelder in Wyoming (Teapot-Dome) und in Kalifornien für den Staat beschlagnahmt, um in ihnen eine Reserve für die amerikanische Marine zu haben. Die Felder wurden jedoch durch den Marinesekretär Denby und den Minister des Innern Fall an die beiden Oelgroßspekulanten Sinclair und Doheny zu einem lächerlichen Zins verpachtet, angeblich, weil die Quellen, wenn sie unerschlossen blieben verkümmerten. Das Objekt brachte den Pächtern die Kleinigkeit von rund 30 Millionen Dollar ein, wovon sie ihre Mitverschworenen in den Kreisen der amerikanischen Regierung durch Trinkgelder entschädigten. Diese Affäre kam an die Oeffentlichkeit und erregte das amerikanische Volk um so mehr, als Amerika nach genauen Berechnungen mit seinen großen Oelreserven (Kriege!) in absehbarer Zeit zu Ende ist und in der ganzen Welt Jagd auf Oel macht. Wir verweisen nur auf die Rolle Amerikas beim Abschluß des Vertrages von Lausanne.

Der Petroleumskandal schien anfangs von den beiden großen Parteien, den Republikanern und Demokraten, für die kommende Präsidentenwahl ausgeschlachtet werden zu sollen, jedoch stellte sich bald heraus, daß die Oelfirmen in beiden Lagern Einzug gefunden hatte. U. a. waren als beteiligt neben den beiden genannten offiziellen Persönlichkeiten William McAdoo, der bekannte Schwiegersohn Wilsons und vielversprechender Anwärter für die Präsidentschaftskandidatur, und der im Sinclair-Konzern tätige Archibald Roosevelt, der Sohn des ehemaligen Präsidenten Theodor Roosevelt. Infolge dieser Wendung konnte Coolidge, der Präsident von Amerika, nichts anderes, als einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einsetzen. Dieser Ausschuß beschloß, die Ausbeutung der Quellen durch die Sinclair-Gesellschaften sofort zu verbieten.

Der Skandal ist damit aber nicht beendet. Täglich wirft die lebhafte Erörterung dieses Skandals neues Material an die Oberfläche. Jetzt stellt sich heraus, daß die amerikanischen Gerichte in dieser Korruptionsaffäre eine mehr als zweifelhafte Rolle spielen und der rollende Dollar hinreichend alles in die Hände der Petroleumschieber gespielt hat, was an Autorität noch vorhanden war. Minister, also die Ratgeber des Präsidenten, dann Abgeordnete beider bürgerlichen Parteien, dazu die Gerichte und Behörden, obendrein auch der Pressechef während des letzten Krieges, alle sind sie von Sinclair gekauft und mit ihm in einem Korruptionspfuhl verwickelt, wie er schlimmer nicht sein kann.

Wie schlimm die Dinge stehen, darüber noch eine kleine Darstellung der „Voss. Ztg.", deren Vertreter in Amerika berichtet, daß „William McAdoo, Wilsons Schwiegersohn und Finanzminister, jetzt der führende Bewerber um die demokratische Präsidentschafts-Nomination, seit seinem Rücktritt vom Finanzministerium im November 1918 von dem Doheny-Syndikat 300 000 Dollar erhalten habe, und daß er noch heute mit 35 000 Dollar jährlich auf der Liste derjenigen Persönlichkeiten stehe, die eine regelmäßige Zuwendung von jenem Syndikat erhalten. Befragt, zu welchem Zweck und für welche Leistungen McAdoo diese großen Beträge erhalten habe und auf jene Liste gesetzt worden sei, sagte Doheny gerade heraus: „Wegen seines Einflusses auf das Kabinett Wilson." Auch der Justizminister im Wilsonschen Ministerium, Thomas B. Gregory stand auf der Korruptionsliste Dohenys, „weil er Zutritt zum Weißen Hause hatte". Ein eigenartiger Zufall fügte es, daß Präsident Coolidge vor einer Woche diesen Mr. Gregory und einen Republikaner Mr. Silas H. Strawn als unpolitische Ratgeber berufen hatte, die ihn über alle Einzelheiten der Angelegenheit unterrichten und ihn frei von allen parteipolitischen Rücksichten beraten sollten. Nun ist auch Gregory der Korruption überführt!

Diese Enthüllungen werden täglich fortgesetzt und man kann es verstehen, daß amerikanische Blätter dem Sinclair nachsagen, daß seine Europareise nur den Zweck habe, etwaigen Konsequenzen dieses Skandals aus dem Wege zu gehen.

Sinclair, der Schieber, den jeder ehrliche Mensch mit Verachtung straft, fand in dieser verzweifelten Stunden einen Menschen, der seine Schmerzen versteht — Stinnes! Die beiden konzentrierten Profites der Alten und der Neuen Welt reichten sich in Köln die Hand. Stinnes hat im Vorjahre schon mit der Firma Sinclair Oelverträge abgeschlossen; hoffentlich erfährt die Oeffentlichkeit bald, was der „tüchtigste" Mann der Volkspartei neuerdings vorhat. —

Schwerindustrie gegen Sachverständige.

Die ewigen Saboteure.

Der Berliner Korrespondent der „Times", dessen Objektivität und Gewissenhaftigkeit in journalistischen Kreisen bekannt sind, und wiederholt von amtlicher deutscher Seite öffentlich attestiert wurden, macht in der Nummer seines Blattes vom 5. Februar ausführliche Angaben über die Arbeiten der beiden Sachverständigenausschüsse. Er verzeichnet das [illegible] Dementi auf die [illegible] die Reichsregierung und die deutschen Parteien die Aufgabe der Sachverständigen erschwert hätten und schreibt:

„Obwohl das Verhalten der deutschen amtlichen Stellen und der Persönlichkeiten der Bankwelt, mit denen die Ausschüsse zu tun hatten absolut korrekt und entgegenkommend war, so hat, wie ich höre, die Haltung der Schwerindustrie gegenüber der Sachverständigenkommission auf die amerikanischen Vertreter geradezu niederschmetternd gewirkt. Sie waren nach Berlin in aufrichtigem Geiste und mit dem Gefühl gekommen, daß sie, kraft ihrer Eigenschaft als Neutrale, im Vergleich zu den sonstigen Alliierten, die Möglichkeit haben würden, die Schwierigkeiten zu überbrücken, die bisher einer Lösung des Reparationsproblems entgegenstanden. Sie fanden jedoch bald, daß die Schwerindustrie alles in allem die Untersuchung durch ausländische Sachverständige als eine dreiste Einmischung betrachtete; und daß manche Vertreter der Schwerindustrie von demselben Geiste unversöhnlicher Feindschaft gegen die Alliierten erfüllt waren, den Herr Stinnes in den Verhandlungen von Spa gezeigt hatte. Es war für sie eine Offenbarung."

Unzweifelhaft beruhen diese Angaben des „Times"-Berichterstatters auf direkten Mitteilungen aus den Kreisen der amerikanischen Sachverständigen. Sie entsprechen auch durchaus der allgemeinen politischen [illegible] des Stinnes besonders Zweifeln und Gegnern in den letzten Jahren. Eine solche Haltung der Schwerindustrie ist geradezu Hochverrat. Offenbar erstreben die Herrschaften die Verhinderung der Stabilisierung der deutschen Finanzen, weil sie sich nach einer neuen Inflationsperiode mit ihren schrankenlosen Gewinnen für die Sachwertbesitzer sehnen. Gleichzeitig aber erzählen diese politischen Industrieritter den Franzosen, sie seien die wahren Verständigungspolitiker und — eine Rechtsregierung würde das Reparationsproblem viel leichter lösen können als eine demokratische!

Partikularismus ist Trumpf.

Dezentralisation bei der Reichsbahn.

W.T.B. meldet: Mit der Schaffung eines eigenen wirtschaftlichen Unternehmens „Deutsche Reichsbahn" wird der Reichsverkehrsminister zu einer weitgehenden Dezentralisation aller Geschäfte, die sich hierfür eignen, übergehen. Die Verwaltungsstelle der Reichsbahn Bayern wird, wie durch Verhandlungen der beteiligten Stellen in München und Berlin festgelegt worden ist, im Rahmen des allgemeinen Anordnungsrechts der Hauptverwaltung in Berlin das bayerische Netz selbständig verwalten, insbesondere auf dem Gebiete der allgemeinen Verwaltung, des Verkehrs, des Betriebes, der Personalangelegenheiten, der finanziellen Gebarung und der Beschaffung von Fahrzeugen und sonstigen Betriebsmitteln für das Netz unter unmittelbarer Fühlungnahme mit der Landesverwaltung und den Kreisen der Wirtschaft. Selbstverständlich wird sich die Dezentralisation auch auf die übrigen Bezirke auswirken, worüber Verhandlungen mit den beteiligten Landesregierungen schweben.

Das Goldnotenbank-Projekt.

Der „Vorwärts" teilt den Inhalt des Goldnotenbankprojektes des 1. Sachverständigenausschusses mit, daß die deutsche Goldnotenbank neben ihrer Eigenschaft als Währungsbank auch als Reparationsbank fungieren solle. Dieser Charakter der Bank komme in dem Projekt durch die Einrichtung einer Spezialabteilung für Reparationszahlungen zum Ausdruck. An der Aufbringung des Kapitals der Bank, das aus Gold und Devisen bestehen soll, gedenke man neben Deutschland das Ausland zu beteiligen, dem die Hälfte der Sitze im Aufsichtsrat vorbehalten werden solle, wobei das Recht Deutschlands auf eigene Geldpolitik aber nicht angetastet werde. Die Bank werde zunächst Noten in Höhe von 3 Milliarden Mark ausgeben, die jederzeit einlösbar und bis zu 50 Prozent gedeckt seien. Nach der Einführung dieser Goldnoten gedenke man die Deckung bis zu 33 Prozent zu reduzieren, um eine Steigerung der Notenemission auf 6½ Milliarden Mark zu ermöglichen.

Die Unternehmer wollen Schadenersatz.

Der „Vorwärts" meldet aus Bochum, daß die Metallindustriellen gegen die Arbeiter, welche im Januar nach Ablehnung des Arbeitszeitabkommens die Arbeit niedergelegt hatten, mit Schadenersatzklage vorgehen. Das Gewerbegericht in Hattingen, wo die Heinrichshütte, deren 4000 Mann starke Belegschaft sich eine Zeitlang im Streik befand, einen Schadenersatzprozeß angestrengt hatte, erklärte den Streik als grundlos und sprach der Betriebsleitung das Recht zu, für den erlittenen Schaden Ersatz zu fordern. Außerdem erklärte das Gericht die Firma für berechtigt, die gesamte Belegschaft fristlos zu entlassen, nachdem ein Teil der Arbeiter in den Streik getreten war. Die Firma will sich mit ihrer auf 110 000 Goldmark belaufenden Schadenersatzforderung nunmehr an die ordentlichen Gerichte wenden.

Frau Wilson für das deutsche Kinderhilfswerk. Die Witwe des verstorbenen Präsidenten Wilson hat einen Brief an General Allen, den Vorsitzenden des Hilfskomitees für die deutschen Kinder, gerichtet, in dem sie das Komitee darum bittet, sein Wohltätigkeitswerk fortzusetzen trotz des Zwischenfalles bei den Begräbnisfeierlichkeiten für den verstorbenen Präsidenten Wilson. Die deutschen Kinder seien an dem Vorkommnis unschuldig. — So werden die deutschen Diplomaten und ihre nationalistischen Hintermänner wiederum erneut beschämt.

Der Posten des Dresdener Polizeipräsidenten, der bisher auf Anordnung des Wehrkreiskommandos nur provisorisch besetzt war, soll demnächst endgültig neu besetzt werden. Es verlautet, daß als Nachfolger des gegenwärtigen Präsidenten Pulzer, der der Deutschen Volkspartei angehört, der Reichstagsabg. Genosse Meier-Zwickau in Betracht kommt.

Arbeitspflicht in Bayern? Der Generalstaatskommissar hat den beteiligten Staatsministerien einen Gesetzentwurf über die Einführung der Arbeitspflicht, und zwar für Männer ein Jahr in der Zeit vom 20. bis 35. Lebensjahr und für Frauen ½ Jahr in der Zeit vom 18. bis 25. Lebensjahr, unterbreitet.

Die kriminelle Seite der Hypnose.

Der Fall Adelis. Was Dr. Magnus Hirschfeld sagt.

Das Problem „Hypnose und Verbrechen" ist aus Anlaß des vor einigen Tagen durch die Presse gegangenen Sensationsberichtes über einen Fall angeblich „hypnotischer Verbrechens" des Dr. Adelis wieder einmal auf der Tagesordnung. Es ist noch nicht allzu lange her, daß in der Moritzaffäre geraten, der beschuldigt war, zwei jungen Mädchen das Leben genommen zu haben, das Problem „Hypnose und verwandte Erscheinungen" zur Debatte stand. In Berlin war es der Fall einer „hypnotischen Beeinflussung von Mädchen" durch einen Oberkellner in Kreuzberg, dessen Aufsehen [illegible] hat. Nach hier waren die Sachverständigen in dem Urteil, daß sich Hypnose nicht nachweisen lasse, sondern daß es sich nur um einen Zustand verminderter Geistestätigkeit handle. Im Fall des Dr. Adelis weist nun in manchen Beziehungen Eigenartigkeiten auf. Es wurde [illegible] Dr. Adelis habe [illegible] durch in [illegible] Weise [illegible] Verbrechen [illegible] Im Untersuchungsgefängnis [illegible] den Unglücklichen zu treten [illegible] Gefängnis [illegible] und der „Verbrecher" [illegible] den Mord der Schwester [illegible] Jetzt [illegible] der Staatsanwalt [illegible] in Haft.

Das Problem „Hypnose und Verbrechen" ist interessant genug, um näher behandelt zu werden. Zunächst [illegible] Ausführungen Dr. Hirschfelds, der sich folgendermaßen äußert:

„Wir wollen [illegible] Problem noch einmal von Seiten unserer Verbrechen an Hypnotisierten und

Verbrechen an Hypnotisierten

[illegible] die letzteren haben die größte Anziehungskraft auf [illegible] ist es nun möglich, einen Menschen durch [illegible] Befehl zu zwingen, daß er dem [illegible] Befehl. Insbesondere zum Verbrechen zu bringen, noch [illegible] bestimmte wunderbare Wirkungen werden ist es [illegible] — [illegible] bei [illegible] Diebstählen und dergleichen mehr. — Bewiesen dagegen wird [illegible] Im [illegible] Fällen [illegible] die Hypnotisierten als [illegible] Werkzeuge [illegible] Verbrechen [illegible] Im anderen Falle [illegible] Verbrechen, die Schlemmer, Spielsüchtige, Wahnsinnige, Fanatiker, unfruchtbare, abstinente und dergleichen mehr verursachen zu lassen. In Wirklichkeit hat jedoch die Hypnose es [illegible] hier mit einer Form von Perversion, d. h. einem Irreleiten der Triebkräfte, Beziehungs- oder Beziehungswahnsinn zu tun. So werden Ärzte, besonders Jahrzehnte Jahre alter Frauenzimmer, die sie beschuldigen, sich an ihnen in der Narkose vergangen zu haben. Schließlich kann es sich hier um Zustände sexueller Hörigkeit handeln, wo das Opfer wirklich dem Angeschuldigten alles zu Gefallen zu tun bereit ist, ganz in seinem Bann steht, ihm [illegible] ist. Der Fall der beiden [illegible] Stein-Pelle ist noch allen in frischer Erinnerung. [illegible]

Verbrechen an Hypnotisierten

[illegible] aber auch die Grenzen [illegible] wie man eine solche Beeinflussung ziehen kann. Eine [illegible] Es ist möglich, daß für kurze Zeit nur, einer Person Leben zu einer anderen Person, oder einem anderen Geschlecht zu [illegible] die der Betreffende nicht kraft seiner eigenen Persönlichkeit. Deshalb können u. a. auch die Hypnotisierten [illegible] durch Hypnose Handlungen verübt [illegible] zu erzielen. Aus gleichem Grunde sind die [illegible] Verbrechen an hypnotisierten Personen [illegible] Es können nur Personen werden, deren Verbrechen [illegible] Intensität [illegible] und nur an [illegible] Personen. Das [illegible] Verbrechen [illegible] Es [illegible] leben einzelnen Fälle [illegible] und eine [illegible] Theoretisch ist alles [illegible] Verbrechen an Hypnotisierten [illegible] werden können. Es [illegible] auch die Tragik [illegible] eine leichtere Seite auf. Die im Dämmerzustand [illegible] Handlungen [illegible] Gegenwart haben [illegible] Die [illegible] Handlungen [illegible] Verbrechen [illegible] Es [illegible] ihrer Begleitung [illegible] Es [illegible] Die [illegible] Verbrechen [illegible] Die [illegible] Verbrechen [illegible] Die [illegible] Verbrechen

Die Saisonarbeiter-Gefahr.

Die gestrige Volkstagssitzung, vom Präsidenten Gen. Gehl pünktlich eröffnet, beschäftigte sich eingangs mit dem Vorkaufsrecht der Gemeinden bei Grundstückswechsel. Abg. Gen. Beyer sprach sich entschieden gegen die Aufhebung dieses Rechtes aus und führte interessante Fälle vor Augen, wo die Stadt Danzig von dem Vorkaufsrecht Gebrauch gemacht hat. Wir berichten darüber an anderer Stelle.

Die ganz unmöglichen sittlichen und sanitären Zustände bei der Unterbringung ländlicher Saisonarbeiter beleuchtete ein Antrag des Abg. Wisniewski (Z.), der die Regelung der sanitären Ueberwachung und Unterbringung ausländischer Erntearbeiter forderte. Der Antragsteller verlangte, daß die ländlichen Saisonarbeiter vor Betreten des Freistaates ärztlich untersucht werden. Da jetzt die Saisonarbeiter nicht einmal getrennt nach Geschlechtern untergebracht sind, forderte er Beseitigung dieses Skandals. Der zuständige Senator Ziehm-Liessau erklärte, daß für die Zulassung der ländlichen Saisonarbeiter gewisse Richtlinien bestehen, die auch eingehalten würden. Die Mißstände sollten untersucht werden.

Abg. Gen. **Rehberg** betonte, daß zu gewissen Zeiten die ländlichen Saisonarbeiter für den Freistaat nicht entbehrlich sind. Die Richtlinien, die der Senator Ziehm erwähnt habe, würden jedoch nicht eingehalten. Z. B. dürfen Saisonarbeiter danach nicht in den Freistaat hereingelassen werden, so lange einheimische Landarbeiter arbeitslos sind, aber diese Bestimmung würde nicht eingehalten. Beschwerden gegen die ungesetzliche Beschäftigung der Saisonarbeiter würden durch nichtssagende Antwortschreiben des Senats erledigt.

10 000 ländliche Saisonarbeiter!

Nach vorsichtiger Schätzung sind etwa 2000 Landarbeiter arbeitslos. Trotzdem werden gegenwärtig noch 1000 Saisonarbeiter beschäftigt. Als Beispiel führte Redner die Gemeinde Letzkau an, wo zurzeit sechs Saisonarbeiter beschäftigt werden, obwohl zehn einheimische Landarbeiter arbeitslos sind, denen man die Erwerbslosenunterstützung verweigert. Wie groß der Zustrom landfremder Arbeiter und Arbeiterinnen in den Freistaat während der Erntezeit ist, dafür gab Gen. Rehberg interessante Zahlen. 10 000 Saisonarbeiter haben die Einreiseerlaubnis in den Freistaat erhalten, davon 6566 für den Kreis Großes Werder. Insgesamt seien etwa in der Landwirtschaft 16 000 Arbeiter beschäftigt. Von den Saisonarbeitern werde nur ein kleiner Teil Mitglied der Krankenkasse. Für die 1000 erwerbslosen Freistaatangehörigen möge man Arbeit beschaffen durch Entlassung der landfremden Saisonarbeiter. Der Staat würde auch dadurch an Erwerbslosenunterstützung sparen.

Deutschnationale „Kultur".

Dann entwarf Gen. Rehberg ein trübes Bild von den unglaublichen Zuständen bei der Unterbringung der Erntearbeiter und -arbeiterinnen. In den meisten Fällen werde nicht einmal auf eine Trennung der Geschlechter Bedacht genommen. Nur durch einen schmalen Gang getrennt, schlafen die Männer auf der einen, die Frauen auf der anderen Seite der Baracken. Dabei seien unter den Arbeiterinnen Mädchen, die kaum aus der Schule entlassen sind. Daß sich dabei die übelsten Dinge ereignen, sei selbstverständlich. Für die ländliche Bevölkerung ergeben sich daraus große gesundheitliche Gefahren. Den christlichen Besitzern seien diese Zustände bekannt, trotzdem geschehe nichts zu ihrer Beseitigung.

Viel zu wünschen ließen auch die Wohnungen der einheimischen Landarbeiter. 50 Prozent aller Wohnungen im Kreise Danziger Höhe hätten nicht einmal einen Holzfußboden. Sehr oft geschehe es, daß Instleute zu Freiarbeitern gemacht werden, ihre Wohnungen räumen müssen, in denen dann Saisonarbeiter untergebracht werden. Wie wenig die deutschnationalen Landwirte Wert auf die Erhaltung des Deutschtums im Freistaate legen, gehe auch daraus hervor, daß in Trampenau ausländische Arbeiter beschäftigt werden, obwohl in Neuteich 120 Arbeitslose vorhanden sind. Man habe deshalb eine Vorliebe für die ausländischen Landarbeiter, weil sie billiger sind. Einheimische Arbeiter, insbesondere aus der Stadt, würden sich mit den Verhältnissen, in denen die Saisonarbeiter leben müssen, nicht zufrieden geben. Redner verlangte schnellste Beseitigung dieser skandalösen Zustände. Die Ausführungen des Gen. Rehberg, in seiner schlichten, einfachen Art vorgetragen, machten auf das Haus einen tiefen Eindruck, insbesondere als er zum Schluß betonte, daß er die Zustände nicht aus agitatorischen Gründen geschildert habe, sondern es sei Menschenpflicht, diese Zustände zu beseitigen.

Die Abg. Hoffmann (K.) und Jedwabski (P.) forderten ebenfalls Beseitigung der Mißstände.

Abg. Gen. **Wierschowski** schilderte, wie die Beschlüsse über die Zulassung der Saisonarbeiter zustandekommen. Den in diesen Kommissionen tätigen Landarbeitern werde die Teilnahme an diesen Sitzungen unmöglich gemacht, weil diese während der Arbeitszeit stattfinden und die Arbeitgeber den Urlaub verweigern. Die Saisonarbeiter würden deshalb bevorzugt, weil man diesen keine Tariflöhne zahlen brauche. Redner verlangte, daß die Organisationen die Vertreter in diesen Kommissionen stellen.

Nachdem auch der Zentrumsabg. Schilke für eine Aenderung dieser Verhältnisse eingetreten war, wurde der Antrag einstimmig dem sozialen Ausschuß überwiesen.

Die hohen Gerichtskosten

führten alsdann zu einer längeren Debatte, hervorgerufen durch einen Antrag der Zentrumsfraktion, das gesamte Gerichtskosten- und Gebührenwesen der neuen Währung anzupassen. Der Antrag fand im Hause allseitige Zustimmung. Abg. Schilke (Z.) wies nach, daß die Danziger Gebührensätze für gerichtliche Entscheidungen, Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher um das Vielfache höher sind als in Preußen. Abg. Habel (Dnatl.) beklagte die Belastung der kleinen Handwerker durch die hohen Anwaltskosten, auch die Gebührenerhebung für Hypothekeneintragungen und -löschungen seien viel zu hoch. Abg. Rohde (Z.) schilderte, wie Handel und Industrie unter den hohen Gerichtskosten leiden. Abg. Gen. Dr. Müller trat mit guten Gründen für eine Verminderung der Gerichtskosten ein, insbesondere für die kleineren Objekte. Abg. Raube (K.) gab Fälle bekannt, wo Angeklagte trotz Freispruches von den hohen Gerichtskosten schwer getroffen wurden. Daß die hohen Gebühren für die Eintragung ins Schiffsregister die Vergrößerung der Danziger Handelsflotte ungünstig beeinflussen, wurde vom Abg. Lück (D. P.) eingehend dargelegt. Der Antrag auf Herabsetzung der Gebühren wurde einstimmig dem Rechtsausschuß übergeben.

Ein Antrag des Senats forderte vom Volkstag Beschlußfassung der Herabsetzung der Ausbildungszeit für Referendare auf ein Jahr und drei Monate. Abg. Gen. Müller wandte sich gegen die Verkürzung der Ausbildungszeit. Sie habe früher vier Jahre gedauert, was sich durchaus als zweckmäßig gezeigt habe. Ganz entschieden sprach sich Gen. Müller dagegen aus, daß einzelne Referendare, die sich in der Nachkriegszeit als Orgeschleute betätigt haben, gewisse Begünstigungen in der Beförderung erhalten. Ohne weitere Wortmeldung ging der Antrag an den Rechtsausschuß. Der Volkstag vertagte sich alsdann auf heute nachmittag 3½ Uhr.

*

Zu unserem gestrigen Bericht über die Verhandlungen des Volkstages über den Beamtenabbau haben wir ergänzend zu berichtigen, daß die Frau eines Schwerkriegsbeschädigten vom Zoppoter Magistrat entlassen worden ist, die einzige Tochter des Bürgermeisters Dr. Laue, die dort ebenfalls beschäftigt ist, jedoch nicht vom Abbau betroffen wurde.

*

Abänderung des Stadtbürgerschaftsgesetzes?

Neubildung nach den rein städtischen Stimmenzahlen.

Den von uns eingehend dargelegten unhaltbaren Zustand in der Zusammensetzung der Stadtbürgerschaft auf Grund der Berücksichtigung auch der ländlichen Stimmen, will ein von verschiedenen Fraktionen im Volkstag eingebrachter Antrag jetzt ändern. Das Gesetz soll so abgeändert werden, daß die Mandate auf die einzelnen Wahlvorschläge in dem Verhältnis verteilt werden, wie bei der letzten Volkstagswahl für die Parteien innerhalb der Stadtgemeinde Danzig gültige Stimmen abgegeben worden sind. Die Wahl soll dadurch als vollzogen gelten, daß der Präsident des Volkstages die durch diese Berechnung ermittelten, zu Mitgliedern der Stadtbürgerschaft vorgeschlagenen Personen namentlich verliest. Die Neuwahl der Stadtbürgerschaft auf Grund dieser Bestimmungen soll spätestens 14 Tage nach Verkündung dieses Gesetzes erfolgen. Die letzthin nach den alten Bestimmungen gewählte Stadtbürgerschaft soll dann außer Kraft treten. Unterzeichnet ist dieser Antrag von Mitgliedern der Deutschen Partei, Sozialdemokratischen Partei, Deutsch-Danziger Volkspartei, Aba-Gruppe und Deutschsozialen Partei. Diese Parteien stellen zwar noch nicht die Mehrheit dar, doch dürfte sich eine Mehrheit gegen diesen Antrag kaum ergeben. Außerhalb dieses Antrages stehen Deutschnationale, Kommunisten, Zentrum und Polen, womit allerdings noch nicht feststeht, ob diese Parteien Gegner der Neuregelung sind. Mit der Annahme des Antrages würden in dem jetzigen Stärkeverhältnis der Parteien folgende Verschiebungen eintreten: Sozialdemokratie statt 13 zukünftig 14 Vertreter, Deutschnationale statt 15 nur 11, Zentrum statt 6 dann 7, Deutsche Partei statt 4 jetzt 5, Deutschsoziale statt 3 dann 4. Die übrigen Parteien würden, vorausgesetzt, daß keine andere Listenverbindungen erfolgen, die gleiche Vertreterzahl erhalten.

Neuregelung der Löhne

bei der Danziger Werft und Eisenbahnwerkstatt A.-G.

Der Lohnstreit, der zwischen Arbeiterschaft und Verwaltung der Danziger Werft und Eisenbahnhauptwerkstatt A.-G. seit Dezember 23 geführt wurde und über den wir wiederholt berichtet haben, hat jetzt nach langwierigen Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und der Direktion, sowie vor dem Schlichtungsausschuß zu einer Neuregelung der Löhne geführt. Es werden ab 2. Februar bis 15. April nachfolgende Grundlöhne gezahlt. Zu diesen kommen die üblichen Akkordüberverdienste hinzu, die im Durchschnitt für beide Betriebe auf 40 Prozent errechnet sind:

Vorarbeiter in allen Abteilungen	50	Danziger Pf.
Gelernte Arbeiter über 24 Jahre	48	„ „
„ „ von 20—24 Jahre	46	„ „
„ „ unter 20 Jahre	45	„ „
Angelernte Arbeiter über 24 Jahre	44	„ „
„ „ von 20—24 Jahre	43	„ „
„ „ unter 20 Jahre	41	„ „
Ungelernte Arbeiter über 20 Jahre	41	„ „
Jugendliche Arbeiter unter 15 Jahre	14	„ „
„ „ „ 16 „	18	„ „
„ „ „ 17 „	21	„ „
„ „ „ 18 „	26	„ „
„ „ „ 19 „	29	„ „
„ „ bis zu 20 „	34	„ „

Lehrlinge erhalten im ersten Lehrjahre 5, im zweiten 8, im dritten 11 und im vierten Lehrjahre 15 Danziger Pfennige pro Stunde.

Die Löhne nicht vollwertiger Arbeiter unterliegen der freien Vereinbarung unter Mitwirkung des Betriebsarbeiterrats.

Müssen gelernte und angelernte Arbeiter infolge Arbeitsmangels länger als eine Woche bei solchen Arbeiten beschäftigt werden, die sonst durch ungelernte verrichtet werden, so ist auch nur die Entlohnung des ungelernten Arbeiters zuständig sofern der Arbeiter nicht wegen Arbeitsmangels entlassen wird.

Frauen, die als Facharbeiterinnen arbeiten, erhalten 70 Prozent des Lohnes der angelernten männlichen Arbeiter der jeweiligen Altersklassen. Alle übrigen Frauen erhalten 70 Prozent des Lohnes der ungelernten Arbeiter der jeweiligen Altersklassen.

Die Entschädigungen für Arbeiter, die dauernd in Lohnarbeiten, betragen: für Vorarbeiter, Kontrolleure, Betriebsratsmitglieder, Werkzeugmacher, Anreißer, Elektromonteure, Prüfstandsarbeiter, Ankerwickler, Funkentelegraphiearbeiter, Holzbildhauer, Einrichter, Wasserstoff- und Sauerstoffarbeiter und Wässerer der durchschnittliche Akkordverdienst der jeweiligen vorherigen Lohnperiode ihrer Werkstatt. Photographengehilfen, Betriebssattler und Beizer erhalten eine Stundenzulage von 17 Danziger Pfg. Bootssteuerer, Maschinisten, Heizer, Kranführer, Lichtpauser und ständige Dockarbeiter erhalten 10 Danziger Pfg. pro Std. Aufschlag. Die Seeleute mit zweijähriger Seefahrtzeit, Maschinenputzer, Schmierer und Monteurer erhalten je 6 Danziger Pfennige pro Stunde Aufschlag.

Die sozialen Zulagen betragen für Frau und jedes Kind je 2 Danziger Pfennige pro Stunde.

Bekanntlich läuft der bestehende Gesamttarif am 1. April ab. Da die Kündigung seitens der Direktion erfolgte, so ist diese auch verpflichtet, Vorschläge für den Abschluß eines neuen Vertrages zu machen, wozu sie sich auch bereit erklärt hat. Die Arbeiterschaft kann nach allem was in der letzten Zeit in diesen Betrieben geschehen ist, damit rechnen, daß Verschlechterungen geplant sind. Sie wird gut tun, sich auf große Auseinandersetzungen einzurichten.

Letzte Aufführung des Weihnachtsmärchens. Im Stadttheater findet am kommenden Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, die 30. und letzte Aufführung des Weihnachtsmärchens „Peterchens Mondfahrt" statt.

Die Neuwahl der Gemeindevertretungen.

Wahltag: Ein Sonntag im Mai.

Die Gemeindevertretungen, die zuletzt im Dezember 1919 gewählt wurden, sollen jetzt endlich einer Neuwahl unterzogen werden. Ursprünglich war bereits geplant ihre Neuwahl gleichzeitig mit der letzten Wahl des Volkstages vorzunehmen, doch ist man davon wieder abgekommen, da das für die Vornahme der Wahl notwendige Gesetz noch nicht vorhanden war. Jetzt legt der Senat dem Volkstag den Entwurf eines Gesetzes über die Gemeindewahlen vor. Die erstmalige Wahl soll darnach bis zum Ablauf des Monats Mai erfolgen und die erstmalig gewählten Gemeindevertretungen vom 1. Juni 1924 bis zum 31. Dezember 1928 im Amte bleiben. Im übrigen sieht das Gesetz in den wichtigsten Bestimmungen folgende Aenderungen vor:

Die Wahl der Gemeindevertretungen der Stadt- und Landgemeinden erfolgt auf 4 Jahre. Gewählt wird an einem Sonntag des Monats November. Den Wahltag bestimmt der Senat. Die Amtsdauer läuft vom 1 Januar des der Wahl folgenden Jahres ab. Erstmalig haben die Wahlen nach Maßgabe dieses Gesetzes an einem Tage bis zum Ablauf des Monats Mai 1924 stattzufinden. Die Amtsdauer der erstmalig gewählten Gemeindevertretung läuft vom 1. Juni 1924 bis 31. Dezember 1928.

Wahlberechtigt sind alle Danziger Staatsangehörigen, die am Wahltage mindestens 20 Jahre alt sind und seit mindestens 6 Monaten ununterbrochen ihren Aufenthalt im Gemeindegebiet haben. Auf die Ausschließung vom Wahlrecht und die Behinderung in seiner Ausübung finden die Bestimmungen des § 2 des Volkstagswahlgesetzes vom 6. September 1922 Anwendung. Wählbar sind die nach Absatz 1 Wahlberechtigten, die am Wahltage mindestens das 25. Lebensjahr vollendet haben.

Die Vorschriften über die Wählerlisten sind die gleichen wie im Volkstagswahlgesetz.

Die Zahl der Stadtverordneten oder Gemeindevertreter muß mindestens 9 betragen. Auf übereinstimmenden Antrag des Gemeindevorstandes und der Gemeindevertretung kann die Zahl durch den Senat herabgesetzt werden. Durch Ortssatzung kann die Zahl erhöht werden, und zwar in Gemeinden von 1000 bis zu 15 000 Einwohnern für jede angefangenen 1000 bei mehr als 15 000 bis zu 30 000 Einwohnern für jede angefangenen weiteren 2000, bei mehr als 30 000 bis 60 000 Einwohnern für jede angefangenen weiteren 3000, bei mehr als 60 000 bis 300 000 Einwohnern für jede angefangenen weiteren 10 000 um je einen Stadtverordneten oder einen Gemeindevertreter aber nicht über 50 hinaus. Auch über den Wahlvorgang, Einreichung und Verbindung von Listen, Feststellen des Wahlresultats, sollen die gleichen Bestimmungen wie bei der Volkstagswahl gelten.

Gleichzeitig mit der Amtsdauer der Gemeindevertretung endet die Wahlzeit der im Amte befindlichen unbesoldeten Magistratsmitglieder (Beigeordneten), unbesoldeten Gemeindevorsteher sowie unbesoldeten Schöffen. Die Neuwahlen haben alsbald nach dem Zusammentritt der neuen Gemeindevertretungen durch diese stattzufinden; die Ausscheidenden haben jedoch bis zur Einführung der neu Gewählten ihre Amtsgeschäfte fortzuführen.

Im allgemeinen entspricht der Gesetzentwurf dem Preußischen Gesetz über die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen vom 9. April 1923 und dem Volkstagswahlgesetz. Abweichend vom Preußischen Gesetz ist mit Rücksicht darauf, daß dem Senat für kleine Gemeinden die Zahl von 11 Gemeindevertretern als zu hoch erscheint, entsprechend dem gegenwärtigen Zustande eine Mindestzahl von 9 Gemeindevertretern für ausreichend erachtet. Ebenso erschien dem Senat als Höchstzahl der zu wählenden Stadtverordneten und Gemeindevertreter 50 ausreichend. Eine Abweichung von dem Preußischen Gesetz ist auch insofern zu verzeichnen, indem entsprechend dem Volkstagswahlgesetz bei Ausfall eines gewählten Gemeindevertreters stets den in demselben Wahlvorschlage hinter dem Gewählten an erster Stelle Berufenen treten läßt und eine Abänderung der Reihenfolge, in der die Bewerber ursprünglich berufen sind, nicht zuläßt. Das Preuß. Gesetz gestattet nämlich eine Abänderung der ursprünglichen Reihenfolge, in der die Bewerber berufen sind, durch die Mehrheit der noch wahlberechtigten Unterzeichner des betr. Wahlvorschlages bis zum Ablauf von 2 Wochen nach Erledigung der Stelle. Gegen diese Vorschrift hatte der Senat erhebliche Bedenken, daß davon abgesehen ist, sie in den vorliegenden Entwurf aufzunehmen. Für die Stadtgemeinde Danzig kommt mit Rücksicht auf die in der Verfassung festgelegte Stadtbürgerliste das Gesetz nicht in Frage. Für unsere Parteigenossen in den übrigen Gemeinden heißt es nun, alles vorzubereiten, daß die Wahlen eine starke Vertretung der erwerbstätigen Bevölkerung in den Gemeindeparlamenten ergeben.

Teilweise Aufklärung des Mordes in Scharpau. Nach den bisherigen Ermittlungen der Untersuchungsbehörden kommt als Mörder der Besitzerin Frau Foth nur ihr Ehemann in Frage. Die Untersuchung hat ergeben, daß Foth seine Frau von hinten überfallen, ihr mit einem Hammer den Schädel zertrümmert und dann die Leiche aufgehängt hat, um Selbstmord vorzutäuschen. Die Tat ist anscheinend mit Ueberlegung ausgeführt worden, was um so grausiger ist, als die Frau in wenigen Wochen ihre Niederkunft erwartete. Foth leugnet hartnäckig. Auch sind die Motive der Schreckentat noch nicht restlos geklärt. Die Ehe soll jedoch schon seit längerer Zeit nicht glücklich gewesen sein. Inwieweit die Eltern des Mörders beteiligt sind, konnte bisher nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Die drei Verhafteten sind nach Danzig überführt worden.

Das vernachlässigte Heubude. Der Vorort Heubude ist seit 10 Jahren eingemeindet. In dieser ganzen Zeit ist für diesen Vorort nichts geschehen, während andere Orte, die gleichzeitig eingemeindet sind und nicht in so schwieriger Verkehrslage sind, schon längst bessere Verkehrsverhältnisse haben. In einer kleinen Anfrage im Volkstag wird der Senat erneut gefragt, ob der Senat bereit sei, die Wege- und Verkehrsverhältnisse in Heubude zu bessern und insbesondere für den Ausbau einer Straßenbahnverbindung zu sorgen. Es wäre dringend notwendig, daß die Beschwerden Heubudes nicht wie es bisher war, mit einer Handbewegung resp. Vertröstung abgetan werden. Die Heubuder Bevölkerung hat Anspruch darauf, ernstlich einmal in ihren dringenden Wünschen befriedigt zu werden.

Amtliche Börsennotierungen.

Danzig, 14. 2. 24

1 Dollar: 5,83 Danziger Gulden.
1 Million poln. Mark: 0,62 Danziger Gulden.
1 Rentenmark 1,30 Gulden.

Berlin, 14. 2. 24

1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 18,1 Billionen Mk.

Danziger Getreidepreise vom 14. Februar. (Amtlich.) In Danziger Gulden per 50 Kg. Weizen 10,50—11,00, Roggen 6,40—6,50, Gerste 6,90—7,00, Hafer 6,40— Futtererbsen 8,50 Peluschken 8,50, Wicken 7,50—8,00.

Die Mondfinsternis am 20. Februar.

Am 20. Februar tritt die erste Mondfinsternis in diesem Jahre ein. Die Finsternis ist total und wenigstens zum Teil bei uns sichtbar. Während Sonnenfinsternisse dadurch entstehen, daß der Mond zwischen Sonne und Erde tritt und die Sonne bedeckt und eigentlich „Sonnenbedeckungen" oder „Erdfinsternisse" heißen müßten, da ja nicht die Sonne, sondern ein Teil der Erde vom Mondschatten verfinstert wird, führen die Mondfinsternisse ihren Namen mit vollem Recht, denn hierbei wird wirklich der Mond vom Schatten der Erde verfinstert. Es ist bekannt, daß der Mond um unsere Erde in einer fast kreisförmigen Bahn herumwandert. Die Sonne läuft immer in der Ebene, die wir Ekliptik nennen, während die Mondbahn um etwa 5 Grad gegen die Ekliptik geneigt ist. Die Achse des Schattenkegels der Erde liegt immer in der Ekliptik-Ebene und deutet immer nach dem der Sonne entgegengesetzten Punkt. Wir wissen ferner, daß immer dann Vollmond ist, wenn [illegible] Fehlt anscheinend 1 Zeile! Sonne entgegengesetzten Punkt. Es würde bei jedem Vollmond auch eine Mondfinsternis eintreten, wenn nicht infolge jener oben erwähnten Neigung der Mondbahn dieser meist etwas über oder unter jenem Punkte stehen würde, in der Schatten der Erde zurzeit des Vollmondes hinreicht. Nur wenn der Mond ziemlich nahe jenem Punkte steht, tritt er ganz oder teilweise in den Schatten der Erde und wird verfinstert. Da bei Sonnenfinsternissen der Schatten des Mondes über die Erde wegwandert, so beginnt die Finsternis an verschiedenen Orten zu verschiedenen Zeiten. Anders bei Mondfinsternissen: hier beginnt die Finsternis für alle Erdorte, die den Mond sehen können, zu der gleichen Zeit. Am 20. beginnt die Finsternis um 3.18 Uhr nachmittags. Die Totalität beginnt um 4.20 Uhr, wir ersehen also das ungewöhnliche Schauspiel, daß der Mond total verfinstert tief glutrot sich über den Horizont erhebt. Um 5.37 Uhr endet die totale Finsternis und um 6.59 Uhr tritt der Mond aus dem Kernschatten der Erde aus. Von dem Austritt aus dem Halbschatten der Erde, der um 5 Uhr erfolgt, wird kaum etwas wahrzunehmen sein.

Aus dem Osten

Königsberg. Der Nachfolger Lübbrings in Königsberg wird, wie bereits mitgeteilt, durch Austausch der frühere Dortmunder Polizeipräsident Brandt. Brandt war mit der Verstaatlichung der Polizei im Januar 1923 als kommissarischer Polizeipräsident in Dortmund eingesetzt worden, wurde jedoch von den Franzosen ausgewiesen. Brandt, ein Volksschullehrer aus Krefeld, gehört der Sozialdemokratischen Partei an. Diese Tatsache allein genügt den rechtsstehenden Blättern schon wieder von vornherein gegen den neuen Mann zu hetzen, angeblich weil er nicht „Jachmann" sei.

Allenstein. Auch „Landfriedensbruch". Vor der Allensteiner Strafkammer hatten sich 14 Arbeiter von der Staatsdomäne Balden wegen einer Anklage auf Landfriedensbruch zu verantworten. Die Staatsdomäne Balden liegt etwa 1½ Kilometer von dem Dorfe Buttrienen entfernt und die Gutsleute von Balden machten ihre Einkäufe in Buttrienen. In Buttrienen war das Gerücht verbreitet, daß der dortige Kaufmann Rubnau für seine Waren übermäßig hohe Preise nehme und daß er die Ware nur gegen Hergabe von Eier, Butter, Getreide oder Mehl verabfolge. Diese Gerüchte waren auch nach der Domäne Balden gedrungen. Die Angeklagten versammelten sich am Sonntag und zogen, einige mit Stöcken bewaffnet, nach Buttrienen. Hier gingen sie in das Geschäft des Rubnau zum Einkäufe zu machen. Die Preise erschienen den Angeklagten zu hoch sie machten Radau, nahmen je ein Paar Stiefel und gingen los, ohne zu bezahlen. Ein Oberlandjäger entfernte dann die Leute aus dem Geschäft, ohne Widerstand zu finden. Das Gericht sah den Fall als Landfriedensbruch an und erkannte auf Gefängnisstrafen von 3 bis 9 Monaten.

Stettin. Amtlich wird gemeldet: Als gestern gegen abend die Arbeiter der Vulkan-Werft in Stettin die Arbeitsstätte verließen, sammelten sich auf der Straße vor der Werft 400 bis 500 Mann, meist junge Leute und marschierten unter Absingen der Internationale Richtung Nordwestbahnhof. An der Ecke der Vulkan- und Wolff-Straße wurde die dortige Sperrlinie der Schutzpolizei, ein Offizier und vier Mann von der Menge aus mehreren Gewehren beschossen. Ein Polizei-Obermachtmeister wurde am Arme verletzt und brach bewußtlos zusammen. Die Polizeibeamten erwiderten darauf das Feuer, worauf die Menge auseinanderlief. Ein Zuter und sieben Verletzte blieben auf dem Platz. Die Ruhe und Ordnung ist wiederhergestellt."

Aus aller Welt

Eine Riesenunterschlagung. Bei der Deutschen Girozentrale in Berlin sind große Unterschlagungen durch Veruntreuungen eines Beamten vorgekommen. Der Beamte hat einen Freund, der bei einer Privatfirma angestellt war, zu gemeinsamen betrügerischen Manipulationen angestiftet. Dem Angestellten der Privatfirma wurde ein Scheckbuch der Deutschen Giro-Zentrale ausgeliefert, die ihm daraufhin ein großes Guthaben zur Verfügung stellte. Dieses Guthaben wurde langsam abgehoben und die Beleiherin in dieser Weise schwer geschädigt. Die Unterschlagungen werden auf 2 bis 3 Millionen Goldmark geschätzt.

Ein „schneidiger" Beamter ist der Präsident des Landesfinanzamtes Groß-Berlin. Nicht, daß er sich besonders in der Aufspürung von Steuerbetrügern auszeichnete, sondern von einer anderen Art von „Schneidigkeit" im Dienst ist hier die Rede. Er hat innerhalb seines Befehlsbereichs folgende Verfügung erlassen: „Das Tragen von Kleidungsstücken, die Teile der Brust oder des Rückens, sowie die Arme freilassen, oder nur in durchsichtiger Weise bedecken, ist den weiblichen Angestellten während des Dienstes untersagt. Die mit der Dienstaufsicht betrauten Beamten sind anzuweisen, auf die Befolgung dieser Anordnung zu achten und Zuwiderhandlungen zur Anzeige zu bringen. Den weiblichen Angestellten ist hiervon mit dem Bemerken Kenntnis zu geben, daß Angestellte, die zu Beanstandungen ihrer Kleidung in der vorgezeichneten Richtung Veranlassung geben, ihre Entlassung zu gewärtigen haben." — Vielleicht wäre es zweckmäßig, wenn die sündhaften weiblichen Bekleidungsstücke durch eine altpreußische Uniform ersetzt würden. Und warum dehnt der Herr Präsident seine Verfügung nicht auch auf das weibliche Publikum aus, das hin und wieder auf dem Finanzamt zu tun hat? Nur so könnte doch die Sittlichkeit auf dem Finanzamt wirkungsvoll gewahrt werden.

Tödlicher Unfall bei einem Hochzeitsschießen. Ein schweres Unglück ereignete sich bei einem Hochzeitsschießen in Burgdorf bei Schwemmingen (Württemberg). Als ein Böller versagte, wollte ein junger Mann ihn herausmeißeln. Dabei ging der Schuß los. Der Meißel fuhr dem jungen Mann in den Kopf und verletzte ihn so schwer, daß er kurze Zeit darauf starb.

Ein neunfacher Raubmörder. Der Schlosser Kaderbauer, dem zusammen mit seinem Bruder bisher acht Raubmorde nachgewiesen wurden, hat jetzt einen neueren Raubmord eingestanden, den er gelegentlich eines Einbruchs an einer Bäuerin in Daglfing bei München begangen hat.

Was die Radioamateure hören wollen. Eine Rundfrage, die auch für die Entwickelung des deutschen Unterhaltungsrundfunks lehrreich sein dürfte, hat jüngst eine Zeitschrift veranstaltet. Sie hat ihre Leser um Auskunft, auf welche Darbietungen der Rundfunkhörer sie den größten Wert legten: Ueber hunderttausend Antworten liefen ein, von denen 29 Prozent hauptsächlich klassische Musik und Opern, 29 Prozent hauptsächlich Tanzmusik, 29 Prozent hauptsächlich Vorträge der verschiedensten Art, 12 Prozent hauptsächlich Sportnachrichten und 9 Prozent hauptsächlich Wetter- und Handelsnachrichten wünschten. Die Zeitschrift vergleicht damit die gegenwärtige Zusammensetzung der amerikanischen Rundfunkprogramme (Klassische Musik und Opern 34 Prozent, Tanzmusik 25 Prozent, Wetter- und Handelsnachrichten 21 Prozent, Vorträge 18 Prozent) und findet, daß sie geändert werden müßte.

Die „sittsame Bandidin". Ein blondes Mädchen von 23 Jahren, das einen außerordentlich sittsamen und bescheidenen Eindruck machte, wurde dieser Tage in Newyork verhaftet, weil es eine Reihe der kühnsten Raubüberfälle ausgeführt hat. Die sittsame Bandidin, wie sie die Newyorker Blätter getauft haben, ist die Tochter eines angesehenen Brooklyner Bürgers, dem sie musterhaft den Haushalt führt und vortrefflich kocht. Aber außer dieser anerkennenswerten Tätigkeit als Haustöchterlein widmete sie sich auch noch dem Banditenwesen, und zwar wurde sie dabei begleitet von einem riesigen neunschrötigen Athletino, der augenscheinlich ganz unter ihrem Einfluß stand und ihr bei den Ueberfällen half. Zeugen sagten aus, daß die sittsame Bandidin vor einigen Tagen in einem Geschäft am späten Abend erschien, die Riegel vor die Ladentüre schob und dann mit einem Revolver die Angestellten im Schach hielt, während „Athletino" die Ladenkasse um tausend Dollar erleichterte.

Zuschußkursen für wohnungsuchende Angestellte. Vor der Strafkammer VI des Hamburger Landgerichts standen am 1. Februar die Buchhandlungsangestellten Adolf Hartung, Robert Schmidt, der Maler Claus Hansen und der Hotelbesitzer Hans Blessing; die ersten beiden wegen Amtsverbrechens, die letzten beiden wegen Verbrechens. Hansen und Blessing führten die Wohnungsuchenden bei Hartung ein. Dafür gab die Meldescheine der Wohnungsuchenden dem Hartung, der dann die Namen in die Rubriken der Mietgruppenlisten eintrug, und zwar unter Nummern, die bereits gelöscht waren, weil die unter dieser Nummer Eingetragenen, vielleicht des Nachfragens müde geworden, sich nicht mehr sehen ließen. Außerdem datierte Hartung den Tag der Anmeldung ein oder zwei Jahre zurück, um den Anschein zu erwecken, die Leute warteten schon seit Jahren auf eine Wohnung. Nebenher beseitigte Hartung noch Namen in der Liste mit „Tintentod", den ihm Hansen besorgt hatte. Blessing machte die Suchenden mit Hansen bekannt, der das weitere bei Hartung veranlaßte. Riesige Summen haben die Wohnungsuchenden geopfert, die unter den Beteiligten je nach „Verdienst" geteilt wurden. Alle Angeklagten sind geständig; doch wollen Hartung und Schmidt sich nicht als Beamte betrachtet wissen. Das Gericht verurteilte Hartung zu 3 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust, Schmidt zu 1 Jahr 9 Monaten Zuchthaus, Hansen zu 1 Jahr 9 Monaten Zuchthaus; Blessing wurde freigesprochen, weil er sich über die Schiebungen nicht im klaren war.

Ein verschollenes Segelschiff.

Der Segler „Harald", eines der größten deutschen Segelschiffe, ist vor Monaten ausgefahren, um Ladung nach Chingwantao in China zu bringen. Das Schiff hätte spätestens vor 115 Tagen an seinem Bestimmungsort ankommen sollen, aber noch wird es vergeblich erwartet. Einmal soll es in der Südsee gesehen worden sein, weiter hat man nichts von dem Schiff gehört.

Die Angehörigen der vierzig Seeleute, die mit dem Schiff verschollen sind, schweben in Angst und Bangen. Sie lassen sich nicht einmal durch die beruhigende Nachricht trösten, daß der Reeder, bei dem die Schiffsladung versichert ist, so vorsichtig gewesen ist, eine Rückversicherung zu 55 Goldmarkprozent abzuschließen. Die menschliche Ladung ist weder rückversichert noch versichert, denn sie zählt für die tüchtigen Geschäftsleute nicht.

Und doch gibt es eine Versicherung auch für die menschliche „Ladung". Wäre das Schiff mit drahtloser Telegraphie ausgestattet, so hätte man längst mit ihm in Fühlung kommen können. Es hätte, wenn es in Gefahr war, um Hilfe rufen können, man wußte, wenn es havariert an einem fernen Orte liegen sollte, wo es ist, und könnte Schiff, Ladung und Menschen retten.

Aber für Segelschiffe ist, mögen sie auch auf noch so weite Reisen gehen, die Ausrüstung mit drahtloser Telegraphie nicht vorgeschrieben. Freiwillig jedoch kaufen die Reeder die kostspieligen Apparate nicht an, deren Anschaffungs- und Erhaltungskosten ihre Profitrate verringern würde. Für Schiff und Ladung gibt es ja Versicherung und Rückversicherung — und wegen vierzig Menschen wird man doch keine Auslagen machen.

Die Reeder werden also die Funkenstationen an den Schiffen nur anbringen, wenn der Staat sie durch ein Gesetz dazu zwingt. Bisher hat die Rücksicht auf die Profitinteressen der Kapitalisten ein solches Gesetz nicht zustande kommen lassen. Und dennoch wäre jede Regierung um so mehr verpflichtet, für die Sicherheit der Bemannung der Segelschiffe zu sorgen, als ein Gesetz für die Seeleute, welche die Steuermannslaufbahn einschlagen wollen, eine gewisse Dienstzeit auf Segelschiffen gesetzlich vorschreibt. Diese Vorschrift hat den Zweck, den Schiffseigentümern seetüchtige Steuerleute zu sichern, denen sie ihre Schiffe unbedingt anvertrauen können. Ein Gesetz über die Einrichtung von Funkenstationen auf Segelschiffen wird den Seeleuten die Beruhigung geben, daß sie sich den Schiffen anvertrauen können. Es ist zu hoffen, daß der Fall „Harald" die Wirkung haben wird, daß die Arbeiterschutzvorrichtung der Funkentelegraphie allenthalben durch Gesetz vorgeschrieben wird.

Versammlungs-Anzeiger

Anzeigen für den Versammlungskalender werden nur bis 9 Uhr Morgens in der Geschäftsstelle, Am Speendhaus 6, gegen Vorzahlung entgegen genommen. Zeilenpreis 15 Goldpfennig.

Landesvorstand der V. S. P. D. Freitag, den 15. Februar, abends 6 Uhr, wichtige Sitzung.

D. M. V. Schiffszimmerer. Sonnabend, den 16. Februar, Tischlergasse 49. Branchenversammlung. Vortrag, Tariffragen, Branchenangelegenheiten. (11976

Gemeinschaft arbeitender Jugend. Sonnabend, den 16. Februar, abends 7½ Uhr, Vortrag des Gen. Gräbner: Bismarck und das Problem der deutschen Einheit — Städtisches Gymnasium Winterhuder Platz.

Staatsanwalt Jordan.

44) Roman von Hans Land

Jordan wehrte sich gegen ihre Macht. Fühlte aber doch kein Recht erhoben, als nach dem Essen der Kaffee-Tisch der Gesellschaft sich auflöste . . .

Bei den herrlichen Vorgängen hatte er dann wieder den ganzen dämmernden und lebenden Widerstreit, [illegible] Theaterei mit der den heiligen Tiegen des [illegible] hier [illegible] gegenüber [illegible] und die [illegible] Handlungen des Blumenmädchens umsahen ihn im [illegible] bis zur Wut. —

In der großen Pause eilte Jordan zu Herta [illegible], die auf ihrem Platz [illegible] war.

Er sah [illegible] Gedankenblitzen in ihren Augen [illegible] diese eine weitere beruhigende Erscheinung erfüllen [illegible] Tatsachenlinie [illegible] er sie nur für [illegible] gehalten.

In [illegible] Verwunderung sah Herta Jordan [illegible] kommen.

Sie hatte nicht erwartet, daß er sich hier an ihre Seite setzen würde.

Aber in seinem Tun [illegible] Geschehen sah sie es [illegible] Beweis für sie darin lag, daß der Gerichtsassessor heut hier an sie herantrat und in der Haltung des [illegible] Verehrers die Frage an sie richtete, ob [illegible] Gefälligkeit [illegible] gewährt hat.

Herta bejahte.

Sie wollte es Jordan erlassen, mit ihr das Feuer aufzusuchen, in dem sich die Hexenfratzen [illegible]. Nur einige der [illegible] Wunderer Herta waren im Garten und in den Nischen [illegible], um sie wieder durch [illegible] Gläser anzustarren.

Jordan lehnte und es [illegible] ihr.

Deshalb reichte er ihr einen [illegible] Fächerchen Herta den Arm und führte sie geleitsmäßig durch [illegible] von Gestern in das Foyer, wo er ihr an einem Tischchen den Tee bereiten ließ.

Sie nahm ihn [illegible] einem neuen Kreuzfeuer von Blicken in [illegible] Unterredung mit der [illegible] Gesellschaft der Gutsbesitzer. Denn [illegible] Jordan die Aufmerksamkeit auf ihren Platz merkte, sah herüber, daß er [illegible] Tischgesellschaft im Foyer genommen hatte.

Denn das Mädchen hatte ihn heute abend wieder einmal einfach [illegible].

Er war wie [illegible] von ihr und [illegible] es nicht mehr als eine ihr [illegible] Gefälligkeit, daß er mit der [illegible] Gesellschaft des Parkes zu ihr kommen war und sie an seinem Arm aus Foyer [illegible].

Gerade weil Jordan sich klar bewußt war, daß diese Handlung für ihn [illegible] amtliche Folgen haben konnte, [illegible] er sie.

Er hatte heute abend alles — aber einfach alles auf diese Karte und auf die Gefahr hin, morgen schon vor seinen [illegible] Vorgesetzten darüber Rede und Antwort stehen zu müssen, daß er sich mit einer [illegible] Dirne im [illegible] Gesellschaft [illegible], er, der [illegible] Staatsanwalt, mit dem [illegible] Frauenzimmer. Selbst Mutter [illegible] Gesellschaft [illegible] mit diesem Mädchen, dem er in [illegible] Gesellschaft [illegible] das Bewußtsein der Verantwortlichkeit [illegible].

Das hieß nicht wirklich die Schiffe hinter sich verbrennen. Jordan war es im Gefühle, der [illegible] Zukunft zu [illegible], mit dem er den Blick dieses Mädchens, das von Blut sich erhitzt.

Und es war in der Tat, als müsse der [illegible] erfüllt, daß Jordan [illegible] seinen [illegible] Gesichtsausdruck der [illegible] über Herta aus, als sie sich eben wieder auf ihren Platz niederließ, den Akt des Parsifal zu hören, [illegible] Jordan [illegible] Gemütsleben in Gefahren, mit einer [illegible] Vergessenheit sich von ihr verabschiedete und auf seinen Platz zurückkehrte.

Nach Schluß der Vorstellung holt Jordan, von Gattern [illegible], seiner Frau in das Foyer und fuhr im Auto mit ihr zu Hause, einem [illegible] Wohnungsgebäude [illegible] Kaufleute der [illegible] [illegible] an den Platzen [illegible] bewundern konnte.

Auf er [illegible] Jordan [illegible] den [illegible] Blick [illegible] aber am [illegible] Herta [illegible].

[illegible] Gesellschaftsspiele [illegible] für ihren Gatten [illegible] auch für [illegible] Gattin [illegible].

[illegible] Herta [illegible] Jordan [illegible] einen Cognac [illegible] Jordan [illegible] Herta [illegible] Gesellschaftsspiel [illegible] [illegible] Jordan

Wirtschaft, Handel, Schiffahrt

Die wirtschaftliche Lage in Rheinland-Westfalen. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen hat in Rheinland-Westfalen zwar abgenommen, doch ist an sich die Zahl der Arbeitslosen immer noch erschreckend groß. Der Kohlenbergbau hat zahlreiche Arbeitskräfte wieder eingestellt, aber es werden schon wieder zahlreiche Feierschichten gemeldet, da die Schwerindustrie und die Metallindustrie nur langsam wieder in Gang kämen. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß die Produktion durch Umdisponieren aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet verlegt wird, um die Schwierigkeiten im besetzten Gebiet zu vermeiden. Darunter muß der rheinisch-westfälische Arbeitsmarkt leiden. Eine Besserung der Lage zeigt sich u. a. in der rheinisch-westfälischen Textilindustrie. Auch in der Lederindustrie macht sich vermehrte Kaufkraft geltend. Die Konkurrenzfähigkeit im Ausland sei noch sehr eingeschränkt. Eine besondere Note erhält der Arbeitsmarkt durch das Anschwellen der Auswandererbewegung.

Ein neues Stinnes-Unternehmen in Holland. In Rotterdam ist unter der Firma Carbo-Union-Kohle-Mij. eine neue Aktiengesellschaft der Montanindustrie unter hauptsächlicher Beteiligung der Stinnes-Gruppe errichtet worden. Das Aktienkapital beträgt 100 000 fl. Der Zweck der Gesellschaft ist der Betrieb von Unternehmungen für die Gewinnung und den Vertrieb von Brennmaterial. Gründer der Gesellschaft sind die Zeche Matthias Stinnes in Carnap, ferner Herr Hugo Stinnes und die International Combustion Engineering Corporation in New York. Die Gründung stellt eine eigene Repräsentation der Stinneszechen für Holland dar. Die International Combustion Engineering in New York ist eine der größten nordamerikanischen Kohleninteressentengruppe.

Bessere Arbeitslage in der deutschen Textilindustrie. Nach einer vom „Vorwärts" veröffentlichten Statistik des deutschen Textilarbeiterverbandes hat die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter in der Textilindustrie im Januar weiter abgenommen. Der Prozentsatz der Arbeitslosen ist von 12,8 im Dezember auf 10 im Januar gesunken, der der Kurzarbeiter von 87,5 auf 16. Immerhin waren noch im Januar von den Verbandsmitgliedern 57 016 arbeitslos und 82 176 nicht voll beschäftigt, das sind zusammen 26 Prozent gegen 49,9 Prozent im Dezember 1923.

Ein baltischer Wirtschaftsbund. Die Börsenkomitees von Riga und Libau sowie eine Reihe industrieller und landwirtschaftlicher Verbände Lettlands, die es für wünschenswert halten, daß auch Litauen sich der lettländisch-estländischen Zollunion anschließt, haben beschlossen, eine Abordnung nach Kowno zu entsenden, die sich zur Förderung dieses Zweckes mit den litauischen Wirtschaftsorganisationen in Verbindung setzen soll.

Produktion von Kunstseide in Polen. Die Herstellung von Kunstseide, die zu den jüngsten Zweigen der polnischen Industrie gehört, hat in der letzten Zeit einen nicht unbeträchtlichen Aufschwung genommen. So beschäftigt die Kunstseidenfabrik in Tomaschow über 4000 Arbeiter und erzeugt jährlich ca. 440 000 Kilogramm Kunstseide. Die von ihr benötigte Zellulose, die bisher aus dem Auslande eingeführt wurde, bezieht sie neuerdings von der Zellulosefabrik Wloclawek.

Interessengemeinschaft zwischen deutschen und holländischen Textilfirmen. Wie mitgeteilt wird, ist zwischen der in Rotterdam ansässigen N. V. Herren Kinderkeeding magazyn voorheen Gebroeders Vervoets und der Firma Taverne in Stettin eine Interessengemeinschaft abgeschlossen worden, welche für die deutsche Gesellschaft eine bessere Versorgung mit Rohstoffen für Konfektionsware zur Folge hat. Die holländische Gesellschaft wirkt an der Umwandlung der Firma Leo Taverne in Stettin mit, indem sie in diese ihre Geschäftsanteile an der Stettiner Gesellschaft, die bisher in Form einer G. m. b. H. betrieben worden ist, einbringt. Das Aktienkapital der Gesellschaft wird 100 Millionen Mk. betragen, wovon die holländische Gruppe 75 Prozent übernimmt, sie gelangt damit in den Besitz der Mehrheit. Ein neuer Fall, daß eine deutsche Industriegesellschaft unter ausländischen Einfluß kommt.

Ausbau russischer Häfen. Der Staatliche Planausschuß hat 6 898 000 Goldrubel für den Ausbau der Durchlaßfähigkeit des Petersburger Hafens und der Häfen des Schwarzen und Asowschen Meeres bewilligt. Insbesondere wird dabei an die Erweiterung der Durchlaßfähigkeit des Hafens von Odessa gedacht. Die Aufnahmefähigkeit der Hafenlager von Odessa soll um eine Million Pud gesteigert werden. Es wird gleichfalls beabsichtigt, dort einen großen Hafenelevator zu bauen, zu welchem Zweck fünf Millionen Goldrubel erforderlich sein werden. Gleichzeitig sollen die Binnenwasserwege mehr als bisher für die Zwecke der Getreideausfuhr herangezogen werden.

Kleine Nachrichten

Ein neues deutsches Theater in Riga soll Ende Februar unter dem Namen „Deutsche Kammerspiele" eröffnet werden und in erster Linie der Pflege des modernen Schauspiels dienen. Als erstes Werk soll Ibsens „Puppenheim" aufgeführt werden.

Ein neuer Flugmotor. Der Professor der Petersburger Technischen Hochschule, O. Held, hat einen neuen Flugmotor erfunden, der mit Naphtha arbeitet und durch komprimierte Luft in Bewegung kommt. Der neue Motor wiegt zehnmal weniger als die gewöhnlichen Motoren und verbraucht viel weniger Brennstoff.

Die Bevölkerung Moskaus, die in den Hungersnotjahren stark zurückgegangen war, vermehrte sich in den Jahren 1922 und 1923 fortwährend. Ende 1923 zählte Moskau 1 542 874 Einwohner, d. h. etwa 80 Proz. der Bevölkerung von 1915, wo der Höhepunkt mit 1 984 000 Einwohnern erreicht war.

Frankreich gibt seine westindischen Inseln nicht her. Havas zufolge wird amtlich die in einigen Zeitungen erschienene Nachricht dementiert, wonach die französische Regierung beabsichtige, der Regierung der Vereinigten Staaten einige ihrer Kolonien, insbesondere die Antillen abzutreten.

Um die Welt in fünf Tagen — im Flugzeug. Der Leiter des militärischen Flugdienstes in Amerika, Generalmajor Patrick hat in einer Rundfunkansprache erklärt, es sei durchaus möglich, daß in nicht ferner Zeit die Reise um die Welt in fünf Tagen im Flugzeug gemacht werden könne. Wahrscheinlich werde aus der Luftwaffe der Armee ein System der regelmäßigen Umfliegung des Erdballs hervorgehen.

1120mal gestorben. Der kürzlich gestorbene Schauspieler Barnay führte über seine darstellerische Tätigkeit genau Buch. In 98 Städten hat er seine Kunst gezeigt. Barnay hat an 3668 Aufführungen in zusammen 455 Rollen mitgewirkt, und diese Rollen verteilen sich auf 371 Stücke. Der Künstler notierte, daß er auf der Bühne 1120mal gestorben ist, und zwar „erstochen, erschossen, geköpft, ertränkt, vergiftet, erschlagen, am Herzschlag, ermordet, hingerichtet, am Selbstmord, eines natürlichen Todes".

Billigste Bezugsquelle
für Berufsbekleidung deutscher Herkunft

Konditor-, Koch-, Kellner-, Mixer-, Fleischer-, Eisenbahner- und Arbeitsjacken in jeder Grösse, tadelloser Sitz
Maler-, Schriftsetzer- und Mechaniker-Kittel in bester Ausführung
Staub-, Friseur- und Aerzte-Mäntel, bequem geschnitten
Schlosser-Kleidung und Einzel-Hosen, prima Qualität

11984

Louis Israelski Breitgasse Nr. 123-124 Ecke Junkergasse

Das führende Konfektionshaus im Freistaat

Tutankhamon.

Dieser Name, von dem kein gewöhnlicher Sterblicher weiß, wie er geschrieben noch wie er ausgesprochen wird, hält, in der Hauptsache wegen der Tüchtigkeit der englischen Presse — allen voran die „Times" —, seit über einem Jahre die Welt in Atem. Damals geschah es, daß Lord Carnavon, der seine reichen Geldmittel und die wissenschaftliche Kenntnis von Howard Carter zu Ausgrabungen im Tal der Könige in Aegypten benutzte, das Glück hatte, unter Schuttmassen den Eingang zu einem Grabe zu finden, das über drei Jahrtausende unbehelligt geblieben war. In wenigen Wochen hatte sein Name Weltruhm erlangt. Die Mitglieder der exklusiven englischen Gesellschaft mußten, ob sie wollten oder nicht, ihren Abstecher nach Aegypten über die bequemen Hotels von Kairo hinaus ausdehnen und zum Grabe des Königs Tutankhamon pilgern, um sich ihre gesellschaftliche Stellung zu erhalten. Das Pilgern wurde ihnen selbstverständlich in kürzester Frist durch einen wohlorganisierten Dienst von auf das komfortabelste eingerichteten Dampfern wesentlich erleichtert. Aber der in seiner tausendjährigen Ruhe bedrohte Pharao rächte sich gemäß dem von ihm ausgesprochenen Fluch, beorderte eine Fliege, und Lord Carnavon mußte seinen Ruhm mit einem frühen Tode büßen. Auch das 20. Jahrhundert dürfte diesem Aberglauben nicht so ungläubig gegenüberstehen, wie man sich den Anschein geben will. So herrlich weit haben wir es mit unseren okkulten Wissenschaften ja wieder gebracht.

Doch half diese Tat der Notwehr dem armen König wenig! Gegen den Wissensdurst der Zivilisation ist kein Kraut gewachsen. Man verschloß zwar die Grabstelle wieder, aber doch nur für den Sommer, weil in dieser Jahreszeit die heiße Sonne Aegyptens die Arbeiten gar zu beschwerlich gemacht hätte. Im Herbst ist man dann mit ungebrochenem Mute, wenn auch mit „klopfendem Herzen" wieder an die Arbeit gegangen, und schon vor Weihnachten konnte die „Times" einen atemberaubenden Bericht (aus dem die „klopfenden Herzen" entnommen sind), über die Oeffnung der vierfach geschlossenen eigentlichen Grabkammer in die Welt hinausgehen lassen. In dem offiziellen Bulletin des M. Carter heißt es:

„Durch einen wunderbaren Zufall ist der Sarg Tutankhamons bis auf den heutigen Tag unverletzt geblieben. Die räuberischen Grabschänder, die alle anderen Königsgräber erbrachen, haben diesen Sarkophag nicht gefunden, und so dürften die Ergebnisse für die Aegyptologie bedeutend sein. Der Sarkophag zeigt auf seinen vier Seiten die Bilder der Göttinnen Isis, Nephtys, Neith und Selk, die offenbar die Aufgabe hatten, die Ruhe des Toten zu beschützen. Obgleich die Grabkammer sehr eng ist, können wir doch einen elektrischen Dynamo einführen, mit dem ich den Sargdeckel aufbrechen werde."

Nun ja, gegen einen elektrischen Dynamo werden die 3300 Jahre alten Göttinnen Isis, Nephtys, Neith und Selk nichts machen können, und der arme kleine (er ist nämlich nur wenig über 17 Jahre alt geworden), Tutankhamons wird es sich gefallen lassen müssen, daß man ihn röntgt, auf alle möglichen . . . skopischen und . . . logischen Arten untersucht und dann, nachdem man ihm seine wertvollen Kunstschätze nach dem Britischen Museum in London entführt hat, wieder in sein Bettchen legt zu weiterer ewiger Ruhe.

Die Bedeutung und die Einzelheiten dieser welterschütternden Entdeckung behandelte jetzt Prof. Dr. Breszinski in einem Vortrage in Königsberg, worüber wir der „Hartg. Zeitung" diesen Bericht entnehmen:

Der Grund, daß die Grabstätte Tutankhamons sich im wesentlichen unversehrt bis auf die Gegenwart erhalten konnte, liegt einmal darin, daß zufällig ein Pharao in viel späterer Zeit sich einige Meter über dem Eingang seine Ruhestätte herrichten ließ, wodurch dieser durch Schutt vollständig verdeckt wurde, und anderer seits darin, daß Tutankhamon gar kein normales Königsgrab, das für die Könige jener Epoche in den Fels gehauen wurde, erhielt, sondern gewissermaßen „verscharrt" wurde. Wie es dazu gekommen ist, hat man sich folgendermaßen zu erklären: Tut-ankh-amon, zu deutsch „lebendes Abbild des Amon", war der Schwiegersohn des religiösen Neuerers und Sonnenanbeters Amenophis IV., der sich von dem Amonkult abwandte, den Namen Echnaton annahm und in Tel el Amarna sich eine Residenz nach eigenem Geschmack schuf. Im Alter von 20 Jahren bereits mußte Echnaton, dieser selbständige Geist, ins Grab steigen. Tutankhamon, der fünfzehnjährig den Thron bestieg und sich dabei noch Tutankhaton nannte, konnte sich seinen Gegnern gegenüber nicht behaupten; er mußte nach Theben zurückkehren und sich wieder zum Amonsdienst bekennen. Sein Nachfolger Horemheb, der als Befehlshaber der Truppen schon unter ihm der eigentliche Schützer der Grenzen war, hat ihn dann, wohl auf Anstiftung der Amonspriester beseitigt, als er erst wenig über 17 Jahre alt war. Das läßt sich mit einiger Sicherheit aus dem Umstande schließen, daß schon seit 18 Jahren ein Grab bekannt ist, das den Inschriften zufolge für Tutankhamon bestimmt gewesen war, in dem aber Horemheb sich hat bestatten lassen. Tutankhamon brachte es auf diese Weise nur zu einem Notbegräbnis. Sein Grab ist deshalb von sehr bescheidenen Ausmaßen. Gemäß der ägyptischen Auffassung von dem Leben im Jenseits als der geradlinigen Fortsetzung des Diesseits (es ist dies allerdings nicht die einzige Vorstellung der Aegypter vom Leben nach dem Tode), gab man dem Ermordeten trotzdem alles mit, was er im Jenseits brauchen würde: Geräte, Proviant, Truppen und Diener — diese allerdings nur in bildlicher Darstellung —, denn ein Pharao wurde nun einmal nach seinem Tode ein großer Gott, der sich rächen und strafen konnte.

Die wesentliche Bereicherung, die die Wissenschaft durch die Entdeckung dieses unversehrten Grabes erfährt, beruht darin, daß man nunmehr nach Auffindung der Gegenstände sich eine Vorstellung von ihnen machen kann. Von den drei aufgefundenen Ruhebetten ist eines besonders interessant, dessen Pfosten Nilpferdköpfe mit aufgesperrten Mäulern zeigen, ein singulärer Fall, da sonst die ägyptische Kunst es stets vermeidet, große Affekte darzustellen. Unter dem Bett fand man eine Menge Pakete, die den Entdeckern eine herbe Enttäuschung bereitet haben. Man vermutete Papyri, die genaue Aufschlüsse über die Geschichte und das Leben jenes Zeitalters geben würden, und es waren Schinken, gebratene Enten, Gänse usw., Proviant für den Toten. Von der Pracht der Thronsessel, Truhen mit ihrem schweren Gold- und Silberbelag, von den schillernden Farben der Alabastervasen kann natürlich die einfarbige Photographie keine Vorstellung vermitteln. Die in dem bisher allein ausgebeuteten Vorzimmer aufgefundenen Statuetten zeigen den Charakter der Kunst aus der Zeit vor Echnaton. Die Amonspriester sind über die Ketzerkunst von Tel el Amarna einfach hinweggeschritten. Professor Breszinski schloß mit der Feststellung, daß man am Anfang, höchstens in der Mitte der Ausbeutung dieser einzigartigen Fundgrube stände, so daß wohl bald Gelegenheit sein würde, in der Vorführung und Betrachtung der Schätze fortzufahren.

Inzwischen ist der Sarg geöffnet. Die Oeffnung des Sarkophags erfolgte in Gegenwart von sechzehn Zeugen. Das Grabgewölbe war durch elektrische Lichtanlagen taghell erleuchtet. Als der Deckel gehoben war, hob Carter mit vor Erregung zitternden Händen aus dem Sarkophag mehrere prachtvolle, sehr gut erhaltene Leinentücher hervor, die den eigentlichen Grabschrein zudeckten. Diese enthielten die goldene Nachbildung des Gesichts des darin ruhenden Pharaonen. Ueber dem Kopf lag die ägyptische Königskrone mit einem Schlangenornament. Die Mumie hielt in den gekreuzten Händen ein goldenes Zepter. Dabei lagen natürliche Blumen, die sonderbarerweise noch so frisch waren, als ob sie kaum erst ins Grab gelegt worden wären. Der eigentliche Sarg, der erst später geöffnet werden soll, ist drei Meter lang und gänzlich mit schwerem Gold verziert.

Gewerkschaftliches u. Soziales

Der Internationale Gewerkschaftskongreß. Auf der Tagesordnung des internationalen Gewerkschaftskongresses, der vom 2. bis 10. Juni 1924 in Wien stattfindet, steht außer dem Geschäftsbericht und dem Kassenbericht, Berichterstatter Sassenbach, die Statutenänderung, Berichterstatter J. W. Brown, die organisatorische Verbindung zwischen dem IGB. und den Internationalen Berufssekretariaten, Berichterstatter Ouedegeest. Weiter: Die Stellung des IGB. in der internationalen Arbeiterbewegung, Berichterstatter Theodor Leipart; die internationale soziale Gesetzgebung, Berichterstatter Oudegeest; internationaler Kampf gegen Krieg und Militarismus, Berichterstatter Jouhaux-Frankreich; der internationale Kampf um den Achtstundentag: a) Die Angriffe der Unternehmer und Regierungen; b) die Verteidigungsmittel der Arbeiterklasse einschließlich der Betriebsrätefrage, Berichterstatter Mertens-Belgien.

Ein Vorstoß der Werftgewaltigen. Die Norddeutsche Arbeitgeber-Gruppe der Seeschiffswerften hat der Zentral-Werftkommission der Gewerkschaften ein Schreiben zugestellt, wonach sie die Löhne der Werftarbeiter eigenmächtig neu geregelt hat. Diese auch weiterhin sehr unzulänglichen Lohnsätze — sie sind nur um wenige Pfennige aufgebessert — sollen nur für diejenigen Werften gelten, auf denen keine Streiks, Arbeitsverweigerung, passive Resistenz und dergleichen stattfinden und unter der Voraussetzung, daß ohne Verzug eine Neuregelung der Arbeitszeit dahin Platz greift, daß die Arbeitszeit bis zu der Friedensarbeitszeit verlängert wird. Die Zentral-Werft-Kommission hat gegen dieses Vorgehen der Unternehmer, die trotz Bestehen eines Tarifvertrages dazu übergehen, eigenmächtig Löhne festzusetzen und eine neue Ortsklasseneinteilung vorzunehmen, Protest eingelegt. Die Unternehmer haben sich bisher der Durchführung der Bestimmungen des Tarifvertrages widerrechtlich widersetzt. Die Gewerkschaften haben die Einladung zur Verhandlung über die Neuregelung der Arbeitszeit abgelehnt. Sie betonen ausdrücklich, daß sie zu Verhandlungen bereit sind, wenn die Unternehmer den tarifmäßigen Zustand herstellen. Sie nehmen Kenntnis davon, daß die Unternehmer beschlossen haben, die Werften zu schließen, wenn nicht innerhalb 14 Tagen eine Neuregelung der Arbeitszeit erfolgt ist. Daraus geht hervor, daß es die Werftbesitzer mit Gewalt zu einem Konflikt treiben.

Gesamtaussperrung der Schriftgießer. Am Sonnabend haben sämtliche Schriftgießereien Deutschlands ihren Arbeitern die achttägige Kündigung zugestellt. In Frage kommen etwa 3000 Arbeiter in Berlin, Hamburg-Altona, Frankfurt-Offenbach, Stuttgart und Dresden. In den Schriftgießereien war bis zum 2. Februar ein Wochenspitzenlohn von 29,88 Mark bezahlt worden. Diesen Lohn haben die Unternehmer dann eigenmächtig um 3 Mark gekürzt. Verhandlungen, die daraufhin im Reichsarbeitsministerium stattfanden, endigten mit einem Schiedsspruch, der einen Wochenlohn von 29 Mark festsetzte und eine Arbeitszeit von 48 Stunden mit der Möglichkeit von 3 Ueberstunden ohne Aufschlagsbezahlung. Diesen Schiedsspruch, der weit hinter dem Vorkriegslohn von 42 Mark zurückbleibt, lehnten die Unternehmer jedoch ab.

Die Hungerpeitsche zum Zehnstundentag. Die gesamte Belegschaft der Gußstahlhütte Doehlen bei Dresden ist ausgesperrt worden, da sie das Diktat der Direktion ablehnte, zehn Stunden täglich zu arbeiten. Die Arbeiterschaft in der oberbergischen Textilindustrie ist ausgesperrt worden, weil sie die Anerkennung des Hagener Schiedsspruches über die 57-Stunden-Woche ablehnte. Es handelt sich um etwa 2000 Arbeiter.

Ein Gewerkschaftssieg in Frankreich. Die Arbeiterschaft der großen französischen Automobilwerke Citroen, die wegen der Einführung gewisser amerikanischer Arbeitsmethoden in den Streik getreten war, hat in den von den Gewerkschaften mit der Betriebsleitung geführten Verhandlungen die geforderten Sicherheiten und Garantien durchzusetzen vermocht. Die Direktion hat nicht nur die von ihr vorgenommenen Strafentlassungen zurückgenommen, und die von der Arbeiterschaft verlangten zwei freien Samstagnachmittage im Monat bewilligt, sondern auch ausdrücklich eine Revision des Lohntarifs für den Fall in Aussicht gestellt, daß die neue Arbeitsmethode zu einer Verminderung des Einkommens gewisser Arbeiterkategorien führen sollte. Der Streik, an dem mehrere tausend Arbeiter beteiligt waren, ist danach für beendet erklärt worden.

Verantwortlich: für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Inserate Anton Fooken, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. Gebl u. Co., Danzig.

Vollkommenheit kennzeichnet alle Schuhe der Marke

Leiser

„JKA" Danziger Schuh-Actien-Gesellschaft

Alleinverkauf: Langgasse 73

In diesem Zeichen verkörpert sich unsere berühmte Schuhmarke.

Walter & Fleck, A.-G.
Größtes Modehaus Danzigs.
Elegante Damen- u. Herren-Bekleidung
Braut-Ausstattungen.

Otto Siede, Danzig
Langgarten 11, früh. Holzmarkt
Inh.: Alfred Siede
beeid. Sachverständig. f. d. Freistaat Danzig
Ausbildung von Damen u. Herren in
Buchführung kaufmänn. Rechnen Handels-Korrespondenz, Wechsellehre, allgemeinen Kontorarbeiten, Schönschrift, Stenographie u. Maschinenschreiben.
Auf Wunsch Unterricht in einzelnen Fächern — auch freie Wahl, sowie Sprachen. —
Tages- u. Abendkurse. Eintritt jederzeit

Preiswert und gut bedient Sie
Rudolf Brzezinski, Holzmarkt 24.
Maßgebende Einkaufsstelle für
Herren - Garderoben.

Louis Jsraelski
Breitgasse 123-124 DANZIG Junkergasse 10-11
Telephon 3632
Größtes Spezialhaus
für feine
Herren- und Knabenbekleidung

DAMENKONFEKTION
Wäsche, Strumpfwaren, Trikotagen
in guter Qualität und zu billigen Preisen kauft man im
Berliner Kaufhaus, DANZIG Altstädtischer Graben Nr. 4

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan
Musterschutz! Ohne Gewähr!

(A) **Danziger Fernverkehr**

Danzig—Simonsdorf—Tiegenhof und zurück.

6[illegible]	1[illegible]	7[illegible]	ab	Danzig	an	9[illegible]	3[illegible]	6[illegible]
7[illegible]	2[illegible]	8[illegible]	an	Dirschau	ab	7[illegible]	1[illegible]	8[illegible]
8[illegible]	3[illegible]	8[illegible]	ab	„	an	7[illegible]	1[illegible]	8[illegible]
5[illegible]	3[illegible]	10[illegible]	an	Simonsdorf	ab	7[illegible]	1[illegible]	8[illegible]
5[illegible]	3[illegible]	9[illegible]	ab	„	an	7[illegible]	1[illegible]	6[illegible]
9[illegible]	4[illegible]	9[illegible]	an	Neuteich	ab	6[illegible]	12[illegible]	5[illegible]
9[illegible]	4[illegible]	9[illegible]	an	Tiegenhof	ab	6[illegible]	12[illegible]	5[illegible]

Otto Russau
Schokoladen- und Zuckerwaren-Fabrik
Verkaufsstellen: Langgarten 4 und Altstädt. Graben 79

Ertmann & Perlewitz
Holzmarkt Nr. 25/26
Fernspr. 3929, 3930, 3933
Tuch-, Manufaktur- und Modewaren
Damen-, Herren- und Kinderkonfektion
Aussteuern!
Wäsche-Fabrik mit elektrischem Betrieb

BORG
ZIGARETTEN
preisgekrönt, bewährt der Kenner!

Einfache und elegante Schlafzimmer
darunter Meisterwerke der Möbeltechnik, fertigen und liefern wir bei allerbilligster Preisberechnung zu günstigen Zahlungsbedingungen
Kunstmöbel-Fabrik „Hansa" Telephon 1895, 5712
Ausstellungsräume Breitgasse 53

Julius Goldstein
Junkergasse 2-4, gegenüber der Markthalle
Billigste Bezugsquelle
für Kurz-, Weiß- und Wollwaren, Herren- und Damenwäsche, Trikotagen, Schürzen

Salamander
Langgasse Nr. 2
Dieser Stiefel stellt jeden Käufer zufrieden!

Alleiniger Fabrikant:
Likörfabrik „zum Palmenbaum"
Bernhard Müller
DANZIG
Gegr. 1840 / Telefon 265

Danziger Nachrichten

Das unbequeme Vorkaufsrecht der Gemeinden.

Um Steuerbetrügereien bei dem Verkauf von Grundstücken zu verhindern, ferner um den Gemeinden Gelegenheit zu geben, Grund und Boden im Interesse der Allgemeinheit zu erwerben, beschloß der alte Volkstag bei Verabschiedung des Grundwechselsteuergesetzes, daß die Gemeinden berechtigt sein sollen, zum Verkauf gelangende Grundstücke zum angemeldeten Verkaufspreise zu übernehmen. Deutschnationale und Zentrum machten schon einmal einen vergeblichen Vorstoß, diese günstig wirkende Bestimmung wieder zu beseitigen. Sie hoffen, im neuen Volkstag mehr Gegenliebe zu finden und brachten deshalb erneut den Antrag auf Beseitigung des Vorkaufsrechtes ein.

In der gestrigen Volkstagssitzung stand dieser Antrag zur Beratung. Abg. Kurowski (Z.) konnte bei der Begründung des Antrages sachliche Gründe nicht anführen. Lediglich deshalb, weil er damals abgelehnt worden sei, habe man ihn erneut eingebracht. Der Verlauf der sich daran anschließenden Aussprache ließ jedoch erkennen, daß sich auch im neuen Volkstag keine Mehrheit für die Beseitigung des Vorkaufsrechts finden wird.

Als erster Redner sprach Abg. Gen. Beyer, der einleitend die Vorgeschichte des Antrages schilderte und dann ausführlich auf die Bedeutung des gemeindlichen Vorkaufsrechts einging. Er führte im wesentlichen aus:

Das Vorkaufsrecht hat

ehrlichen Leuten nicht geschadet.

Danzig hat es nur sechsmal angewendet. Es hätte vielmehr nützen können, wenn Danzigs Wahrspruch beachtet worden wäre: „Nicht unvorsichtig und nicht zaghaft", dann wären heute die Gemeinden im Besitz von Grund und Boden, könnten und würden als ehrliche Makler die früheren Besitzer in irgendeiner Form entschädigen, der Wohnungsnot könnte gesteuert werden und Tausende wären heute nicht Bettler und obdachlos. Wenn damals der Verkauf von Grund und Boden auf Zeit gesetzlich ausgesprochen worden wäre, wären viele heutige Bettler Nutznießer einer solchen Gesetzgebung. Wenn damals an Stelle des Vorkaufsrechts der Gemeinden den Verkäufern die Uebertragung des Eigentumsrechts auf die Gemeinden aufgezwungen worden wäre, würden heute alle sagen müssen, diese Maßregel hat sich als weise erwiesen. Jetzt zeigt sich unverschuldete Armut auf der einen Seite und unverdienter Wohlstand auf der andern. Die Inflation schuf Opfer, aber Verwalter ihres Grund und Bodens mußten die Gemeinden werden, anstatt der Spekulanten. Die Deutschnationalen und das Zentrum behaupten, das Vorkaufsrecht sei ein Eingriff in das Eigentumsrechts. Die Anhänger des Rechts erklären, es ist ein Schreckgespenst für Steuerbetrüger.

Danzigs Erwerbungen durch das Vorkaufsrecht.

Auf Grund des Vorkaufsrechts übernahm Danzig das Grundstück Langfuhr, Hauptstraße 118 für 1200 Dollar; es umfaßt 1 Gebäude mit 3 8-Zimmer-Wohnungen, 2 große Läden, 2 Gebäude mit 6 3-Zimmer-Wohnungen, 1 Werkstattgebäude.

Ferner die sog. Rosawonka und das zwischen diesem Wasserlauf und der Plehnendorfer Chaussee gelegene Ufergelände in Größe von insgesamt 110 500 qm (zirka 65 000 qm Wasserfläche und 4500 qm Landfläche) zum Preise von 2000 Pfund Sterling. Es ist wertvolles Industriegelände. Weiter das Grundstück Heilige-Geist-Gasse Nr. 50 zu dem vereinbarten Preise von 20 Millionen Mark, notfalls unter Aufwertung des Betrages,

[illegible] Langgasse-Portechaisengasse gegenüber W[illegible] für etwa 10 000 Gulden. Weiter das Grundstück Langfuhr, Johannistal Nr. 1, zum Preise von 1050 Dollar; in dem Hause sind 8 8-Zimmerwohnungen.

Ferner das von dem Molkereibesitzer Friedrich Dohm an den Kaufmann Herbert Borkowski verkaufte Grundstück Brabank 4/Wallgasse 26 zum Preise von 25 100 000 Reichsmark = 300 Dollar z. Zt. des Angebots.

Nun urteile jeder selbst, wer das Vorkaufsrecht zu scheuen hat. Es muß im Gesetz bleiben. Dem Interesse des Staates gegenüber müssen kleinliche Bedenken schweigen. Grund und Boden sind Staatseigentum, was damit geschieht, kann und darf dem Staat nicht gleichgültig sein, es muß genutzt werden im Interesse der Allgemeinheit.

Das Vorkaufsrecht darf nur angewandt werden im Interesse des Wohnungsbaues, der Kleinsiedelung und der Schaffung von Heimstätten. Auf diesem Gebiete muß etwas geschehen. Müssen diesem Zwecke Opfer gebracht werden durch Mieter und Vermieter usw., dann aber auch durch Betrüger und die, die ihr E[illegible]rechts am Grund und Boden aufzugeben im Begriff stehen. Zugegeben, das Gesetz enthält Schönheitsfehler. Sie werden ins Treffen geführt, um die wirklichen Gründe der Ablehnung zu verschleiern. In dem Vorkaufsrecht der Gemeinden sehen wir nichts als ein Schreckmittel gegen Steuerbetrug und halten fest daran. Aber wenn im § 24 als Zusatz gewünscht wird, daß das Vorkaufsrecht ruhen soll auch in allen Fällen, in denen nach § 19 die Grundwechselsteuer nicht erhoben wird, so läßt sich darüber reden.

Die Stellung der Parteien.

Für Beibehaltung des Vorkaufsrechts trat auch der Abg. Dr. Eppich (Abg.-Gruppe) ein. Schaden habe es bisher nicht angerichtet. Redner forderte Ablehnung des Antrages ohne Ausschußberatung. Auch die Abg. Lück und Moczkowski (D. P.) erklärten sich gegen die Aufhebung des Vorkaufsrechts. Das Grundwechselsteuergesetz sei aber noch in anderer Hinsicht reformbedürftig, deshalb sei die Ueberweisung des Antrages an den Ausschuß zweckmäßig. Nur der Abg. Dr. Blavier (D. D. P.) war mit dem Antrag einverstanden.

Die Abstimmung, ob der deutschnationale Antrag im Ausschuß weiterberaten werden solle, war zweifelhaft. Für die sofortige Ablehnung stimmten die Linke, die Abg.-Gruppe und die Deutschsozialen; für Ausschußberatung stimmten Deutschnationale, Polen, Zentrum, die Deutsch-Danziger und die Deutschparteiler. Mit 49 gegen 44 Stimmen wurde die Vorlage dem Ausschuß überwiesen, darob große Freude bei den Regierungsparteien.

Die Vermessung von Schiffen in Danzig.

Die Vermessung der Binnen- und Seeschiffe erfolgt im Gebiet der Freien Stadt Danzig durch das Schiffsvermessungsamt, das in den Räumen des Observatoriums in der Telegraphenkaserne am Heeresanger untergebracht ist. Die Vermessung der Schiffe soll die Tragfähigkeit und den Inhalt des Lagerraumes ermitteln. Die Tragfähigkeit der Binnenschiffe wird durch die Eichung auf indirektem Wege bestimmt. Die gesetzlichen Grundlagen hierfür sind von der Freien Stadt Danzig bei ihrer Konstituierung mit übernommen worden. Das Ergebnis jeder Eichung wird auf einem Eichschein zusammengestellt, der dem Schiffe mitgegeben wird. Durch Marken an der Schiffswand werden die wichtigsten für die Eichung in Betracht kommenden Punkte festgelegt, insbesondere wird durch angebrachte Pegel das Mittel gegeben, aus dem Tiefstand die jeweilige Belastung mit Hilfe der Daten des Eichscheines ohne weiteres abzulesen.

Die Seeschiffsvermessung erfolgt auf Grund der Schiffsvermessungsordnung vom 1. März 1895 und beginnt stets mit der Ermittelung des Bruttoraumgehaltes. Hiernach werden die übrigen Räume und die Aufbauten über dem obersten durchlaufenden Deck einzeln vermessen und berechnet. Zur Feststellung des nutzbaren (Netto-) Raumgehaltes werden unter Neuvermessung einzelner Räume innerhalb der vorher summarisch vermessenen Schiffsteile sämtliche Räume abgezogen, welche für die Antriebsvorrichtungen des Schiffes, also Maschinen, Kesselräume, ferner Räume für Unterbringung der Schiffsmannschaft usw. in Anspruch genommen werden. Die Hauptergebnisse der Vermessung, angegeben sowohl in Kubikmetern als in britischen Registertons, werden in einer Urkunde, dem Schiffsmeßbrief, zusammengestellt. Diesen hat das Schiff stets bei sich zu führen.

Da die Vermessungsvorschriften nicht in allen Ländern die gleichen sind, insbesondere für die Angaben bei der Durchfahrt durch die großen interozeanischen Kanäle besondere Vorschriften bestehen, erhält das Schiff auf Wunsch auch Spezialmeßbriefe für diese Wasserstraßen oder Länder. Die Vermessung einschl. Berechnung großer Schiffe stellt eine Arbeit von Monaten dar, wenn nicht diese Vermessungsarbeiten zum größten Teil schon im Baustadium erledigt werden könnten, so würden damit äußerst lästige Verzögerungen der Indienststellung des Schiffes verbunden sein.

Besonders unbequeme und zeitraubende Unannehmlichkeiten entstehen, wenn z. B. ein unter Danziger Flagge fahrendes Schiff seinen Heimathafen Danzig überhaupt nicht anläuft, sondern sagen wir, zwischen schwedischen und englischen Häfen fährt. In diesem Falle müssen die mit der Vermessung betrauten Beamten nach dem nächstgelegenen Auslandshafen, hier also schwedischen Häfen, reisen, um dort die Vermessung vorzunehmen. Diese Fälle dienen keineswegs zur Freude der Danziger Schiffsvermessungsbehörde, da ihre Beamten für längere Zeit für die Tätigkeit in Danzig ausgeschaltet sind.

Die dem Staat durch das Schiffsvermessungsamt entstehenden Kosten werden durch die eingehenden Einnahmen aus den Eichgebühren und Schiffsvermessungsgebühren gedeckt. Die ersprießliche Tätigkeit des Amtes für die Danziger Binnen- und Seeschiffahrt hat sich während der dreijährigen Dauer seines Bestehens zur Genüge gezeigt.

Seinen Verwandten erstochen. Wegen fahrlässiger Tötung hatte sich der Arbeiter Otto Strenga in Ohra vor der Strafkammer zu verantworten. Der Arbeiter Senkpiel, ein Verwandter von Strenga, war angetrunken und suchte Strenga in einem Lokal auf. Der Wirt verschloß die Tür, weil er den Betrunkenen in seinem Lokal nicht haben wollte. Senkpiel ging dann nach Hause. Bald darauf ging auch Strenga nach Hause und mußte hierbei an der Wohnung des Senkpiel vorbei. Ein Sohn des Senkpiel rief nun in die Wohnung hinein: Jetzt kommt er. Als Strenga an der Wohnung vorbei gegangen war, kam Senkpiel heraus und eilte dem Strenga nach. Als er von Strenga etwa 6 Schritte entfernt war, drehte letzterer sich um und will in der Hand des Verfolgenden ein Messer gesehen haben. Strenga hatte auf Grund eines Waffenscheines einen Revolver bei sich und mit ihm schoß er nach den Füßen des Senkpiel. Der Schuß ging in die Erde. Strenga will nun, da S. einen Arm hob, befürchtet haben, daß er das Messer gebrauchen würde. Er schoß und traf Senkpiel in den linken Arm. Als Senkpiel weiter in der Stellung stehen blieb, gab Strenga noch zwei weitere Schüsse hinterher ab, die beide in den Bauch trafen. Darauf ging Senkpiel zurück und nach Hause, wo er etwa nach einer Stunde starb. Strenga ging dann gleichfalls nach Hause. Beiderseits war der Mut abgekühlt. Um nichts hatte man mit Menschenleben gespielt. Das Gericht erkannte an, daß Strenga zunächst in Notwehr gehandelt hatte. Durch die Abgabe der beiden letzten tötlichen Schüsse hat er aber die Notwehr überschritten. Somit liegt fahrlässige Tötung vor. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängnis.

Kaufen Sie 11774

Ihre Sonntags- und Arbeits-Schuhe

direkt vom Schuhfabrik-Lager „Express"

Besonders billig Damen-Stiefel.

Spezielle Abteilung für Arbeits-Schuhe.

Fleischergasse 74.

Billige Kohlen

Holz und Briketts

stets unter dem Tagespreis sind zu beziehen

Holz- und Kohlenhandlung Karschinski

Kneipab 24 d 11965

Jüngerer, ehrlicher

Laufbursche

bei gutem Lohn sofort gesucht.

Danziger Volksstimme,

Am Spendhaus 6.

Haarnisse

Kopfungeziefer,

Brut — Kopfstaub, Schuppen entfern: garant. sof. restlos 11751

Haarreinigungskamm

Nisska

Prospekte kostenlos.

Drogerie z. Dominikanerplatz

Bruno Paget,

Junkergasse 12.

Gl. möbl. Stübchen

von berufstätigem jungen Mädchen gesucht. Angeb. unter H. 193 an die Exped. der Volksstimme. (+

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft

— Sterbekasse —

Kein Policenverfall.

Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder

Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der

Agentur Danzig

Büro: Matzkauschegasse 6 II

Wegweiser für Behörden, Politiker und Geschäftsleute!

Politisches Handbuch der Freien Stadt Danzig

von E. Groß, Direktor beim Volkstag

Inhalt

1. Auszug aus dem Friedensvertrag von Versailles vom 28. Juni 1919 — 2. Bekanntmachung der Freiheit der Stadt Danzig — 3. Verfassung der Freien Stadt Danzig vom 14. Juni 1922 mit Anmerkungen — 4. Konvention zwischen der Republik Polen und der Freien Stadt Danzig vom 9. November 1920 — 5. Statistische Angaben und wichtigere Geschichtszahlen — 6. Geschäftsordnung für den Volkstag der Freien Stadt Danzig vom 21. Febr. 1923 7. Führer durch die Danziger Gesetzgebung — 8. Amtliches Ergebnis der Wahlen vom 18. 11. 1923 — 9. Verzeichnis der Abgeordneten des Volkstages der 2. Wahlperiode (alphabetisch geordnet mit biographischen Aufzeichnungen) — 10. Vorstand des Volkstages — 11. Fraktionen des Volkstages — 12. Bureau des Volkstages und seine Einrichtungen — 13. Beschreibung des Volkstagsgebäudes — 14. Senat der Freien Stadt Danzig: a) Mitglieder, b) Staatsbehörden — 15. Uebersicht über die Plätze der Abgeordneten im Sitzungssaal

Zum Preise von 8 Gulden zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag

Buchhandlung J. Gehl & Co.

Danzig, Am Spendhaus 6 .·. Telephon 3290

Billige Angebote

Herren-Socken	farbig, gute Qualität	0.45
„	Strapazier-Qualität	0.68
„	moderne Streifen	0.85
Damen-Strümpfe	feste Qualität	0.55
„	Flor	0.95
„	Mako, extra [illegible] Qualität	2.25
„	Kunstseide, schwarz und farbig	2.75
Barchenthemden	gute Qualität	4.75
Schürzen	Wiener Form	3.15
Schlosserjacken	extra starke Qualität	5.95
Schlosserblusen	extra starke Qualität	5.95
Schlosserhosen	extra starke Qualität	6.30
Fleischerjacken	gestreift	6.75
Füßlinge	gute Qualität	0.45
Handschuhe	Trikot, gefüttert	0.95
Jumper	reine Wolle	6.50, 7.25, 8.50
Kinderjacken	moderne Farben	14.50
Wolle	prima Qualität	50-gr-Lage 0.58, 0.68, 0.73

Ferner bieten wir unser reichhaltiges Lager in **Herren-Leinen-Wäsche, Trikotagen, Taschentüchern u. Kurzwaren**

zu enorm billigen Preisen an

Geschw. Goldmann 11991

Goldschmiedegasse 29

Herren-Anzüge

kaufen Sie billig und gut auch auf Teilzahlung 11960

Milchkannengasse 15, part.

Frostfreie, erstklassige

Apfelsinen u. Zitronen

frisch eingetroffen. (11959

Obsthandlung **Meltz**, Langgarten 113, an der Milchkannenbrücke.

Stadttheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.

Heute, Freitag, den 15. Februar, abends 7 Uhr: Dauerkarten Serie 3.

Frau Warrens Gewerbe

Komödie in 4 Akten von Bernhard Shaw.
In Szene gesetzt von Oberspielleiter Hermann Merz.
Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr.

Sonnabend, 16. Februar, abends 7 Uhr. **Vorstellung für die „Freie Volksbühne"** (Geschlossene Vorstellung).

Sonntag, 17. Februar, nachmittags 2½ Uhr. Kleine Preise. Zum 30. und letzten Male **„Peterchens Mondfahrt"**. Märchenspiel.

Sonntag, 17. Februar, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. **„Der Opernball"**. Operette in 3 Akten.

Sohlleder in Häuten

Kernsohlen und Abfallstücke fertige Lederschäfte in Boxcalf usw. — Leder zu Holzpantoffeln
Ia Schnürsenkel, Gummiabsätze, Schuhcreme
sowie die äußerst haltbaren
Liga-Gummisohlen
empfiehlt billigst
Carl Fuhrmann
2. Damm Nr. 6. 11779

UT

LICHT-SPIELE

Am Hauptbahnhof 11989

Des großen Erfolges wegen
täglich
4, 6, 8 Uhr
das erstklassige Programm!

„Die Finanzen des Großherzogs"

6 Akte.

Nach dem bekannten Roman des schwedischen Schriftstellers **Frank Heller**, der vor etwa Jahresfrist in der „Danziger Zeitung" erschien

Hauptdarsteller:
Alfred Abel :: Harry Liedtke
Mady Christians u. a. m.

Der Film ist ein Produkt der Ufa und ein Großfilm allererster Qualität. Die Darsteller bieten durchaus Meisterleistungen.

Ferner:

„Tiergärten des Meeres"
Tierstudie in 1 Akt, und

„Der Röntgenblick"
Zeichenrätselfilm in 1 Akt.

Vorführung 4, 6, 8 Uhr.
Dauer- und Freikarten diese Woche ungültig.

Odeon Eden

Dominikswall — Lichtspiele — Holzmarkt

Ab heute Première
des 4. u. größten amerikanischen Fox-Films

Der Gefangene auf Castell D'If

Großer romantischer Abenteuerfilm nach dem berühmten und vielgelesenen Roman
„Der Graf von Monte Christo"
von Alexander Dumas

10 Akte **10 Akte**

In der Hauptrolle: **John Gilbert**
ein Darsteller von ganz hervorragender Suggestivkraft.
Der Film, dessen Handlung sich streng an den Roman hält, ist wohl das beste Kunstwerk, welches die **Fox-Film-Corporation New-York** herausgebracht hat.

Versäumen Sie nicht, diesen Film zu sehen
Der Film ist eine Sehenswürdigkeit für Danzig und wird Stadtgespräch werden.

Ferner: Im Beiprogramm
Die neue und beste Fox-Komödie

Die Löwenbraut
Lustspiel in 2 zwerchfellerschütternden Akten

Sie werden und müssen Tränen lachen

Wir bitten, des zu erwartenden Andranges wegen, möglichst um den Besuch der 4-Uhr-Nachmittagsvorstellung zu wollen.

Tabake, Pfeifen, Zigaretten

stets billig und gut.
Ernst Steinke, Röpell. Reihe 21a
Schädlich, Krummer Elkbogen.

UFA-LICHTSPIELE

im Wilhelm-Theater

Ab Freitag, den 15. Februar 1924

Das hochinteressante Programm

Der Tiger des Zirkus Farini

Zirkusgroßfilm in 7 großen, sehr spannenden Akten mit
Helena Mokawska — Arnold Korff
Frida Richard — Rud. Lattinger
Regie: Uwe Jens Krafft

11985

Ferner

Fix und Fax auf Freierfüßen

Amerikanische Groteske in 2 Akten

Salamander und Molche

Tierfilm, 1 Akt

Unser

zweites billiges Angebot

Glas

Wassergläser gepreßt	0.25, 0.15
Likörgläser gepreßt	0.45, 0.35
Groggläser gepreßt	0.45, 0.38
Bierbecher glatt	0.50, 0.35
Glasteller gepreßt	0.45, 0.30
Glasschalen gepreßt	0.80, 0.50
Butterdosen	1.10, 0.95
Sturzkaraffen	1.50

Porzellan

Kompotteller weiß	0.25
Dessertteller weiß	0.35
Teller tief, weiß	0.48
Obertassen weiß	0.35, 0.25
Obertassen mit Goldrand	0.45
Mokkatassen mit Goldrand	0.45
Zuckerdosen weiß	0.45
Milchtöpfe weiß	0.25

Steingut

Salzmesten weiß und bunt	1.75, 1.10
Satzschüsseln weiß und bunt	5.85, 4.75
Tafelservice 6 Pers., 27 versch. apart. Must.	17.50

Wieder neu eingetroffen:
Braunes Tongeschirr, Emaille, Stahlwaren u. Geschenkartikel

Baßler & Co.

Tel. 2778 **Schmiedegasse 23/24** Tel. 2778

von 8—6 Uhr durchgehend geöffnet

D. T. V. 1923

Sonnabend, den 16. Februar 1924 im
Werftspeisesaal

großes Tanzkränzchen

verbunden mit humoristischen Zauber-Darbietungen. — **Verstärktes Orchester.**
Anfang 7 Uhr **Ende ? ? ?**
DAS FESTKOMITEE. 11987

Versäumen Sie nicht
das ganz große Programm!
Das Schönste, das die Filmkunst zu bieten vermag!!!

Zwei Waisen im Sturm der Zeit

Der fabelhafte, gewaltige amerikanische Großfilm:

Mutterträne n

übertrifft noch an Schönheit und Handlung den bisher besten Film „MUTTER" 11985

Naumann-Germania-Fahrräder
für Sport und Beruf
sind die besten
stabil, leicht laufend, elegant
Alleinvertrieb durch:
Bernstein & Comp. G. m. b. H.
Danzig, Langgasse 50
Reparaturen billigst
Bequeme Teilzahlung gestattet 11994

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Eine gut erhaltene
Küchen-Einrichtung
billig zu verkauf. Ohra, Radaunestraße 42. (†

Geige mit Kasten
für 75 G zu verkaufen.
C. Schulz, Ohra, Hauptstraße 8. (†

Ein gr., gut erhaltenes
Bettgestell
mit Matratze zu verkauf. Offert. unt. V. 1963 an die Exped. d. Volksstimme. (†

Trauring-Vertrieb!
Moderne 11919
Verlobungsringe
außerordentlich billig.
Felix Lenz,
Schmiedegasse 18, neb. Fleischerladen, Straßenuhr. Tel. 257

6 jg. Lege-Hühner und 1 Hahn
zu verkaufen. Offert. unt. V. 1965 an die Exped. d. Volksstimme. (†

Landarbeiterfamilie mit 1 od. mehr. Scharwerkern geg. hoh. Deputat und Lohn gesucht. Offert. unt. v. 1961 an die Exped. der Volksstimme (11975

Junger Mann
(gel. Kaufmann), i. Schriftlichen gut bewandert, sucht Beschäftigung irg. welcher Art. Angeb. unt. P. H. 1000 a. d. Exp. d. Volksstimme (†

Klavier- und Gesangs-Unterricht
erteilt zu mäß. Honorarsätzen **Frau Kramp,** kons. geprüfte Lehrerin, Fleischergasse 9. (†

Einfache Damen- u. Kinderkleider
werden billig angefertigt.
Wahrenberg,
Schild 9, 3 Tr. (†

Suche Laden
mit oder Wohnung, evtl. geg. Tausch mit 2-Zimm.-Wohn. Off. u. V. 1962 an d. Exp. d. Volksstimme. (†

Rohrstühle
werden sauber u. billig
eingeflochten.
Hint Adlers Brauhaus 4, 2 Treppen (†

40%

Zinsen können Sie nicht beanspruchen. Sie können aber 40% und mehr an Brennstoffkosten für Kochzwecke sparen und damit ihre wirtschaftliche Lage verbessern. In jedem Haushalt ist eine derartig hohe

Ersparnis

durch Kochen mit Gas statt mit Kohle

zu erzielen. **Gas** kann jederzeit an- und abgedreht werden: **Kohle** brennt weiter, auch wenn das Feuer nicht mehr gebraucht wird.

Gasfeuer ist billiger, sauberer und bequemer als Kohlenfeuer.

Kostenlose Beratung und nähere Auskunft in der Gas-Ausstellungshalle Hohe Seigen 37.

Städtisches Betriebsamt.

11956